Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv
(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 43 | Hamburg, den 24. Oktober 1919. | 4. Jahrg.

Inhalt:

Die Valutafrage in Schleswig ..... Seite 789
Reichsverfassung und Volkswirtschaft ..... „ 791

Länder-Berichte:
Vereinigte Staaten ..... „ 793
Finnland ..... „ 795
Algier ..... „ 796

Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... Seite 797
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 799
Rohstoffe und Warenmärkte ..... „ 801
Getreide und Futtermittel ..... „ 802
Vermischtes ..... „ 804

Die Valutafrage in Schleswig

Der Tiefstand der deutschen Valuta hat, so beklagenswert er an sich auch ist, das eine Gute, daß er ein nicht zu unterschätzendes Hemmnis für die Bestrebungen zur Abtrennung Schleswigs vom Reich bildet.

Nimmt Dänemark bisher zu Deutschland gehöriges Gebiet in Besitz, so steht es vor der Notwendigkeit, die eigene Währung an Stelle der Markwährung dort einzuführen. Denn es geht nicht an, daß zwei verschiedene Valuten im gleichen Lande nebeneinander Geltung haben. Der Angliederung an einen neuen Staat folgt die Vereinigung mit seinem Geldwesen auf dem Fuße. Die Umwandlung von der Mark- in die dänische Kronenwährung ließe sich auch verhältnismäßig leicht und schmerzlos vollziehen, wenn die Mark zurzeit nicht gegenüber der Krone ein erhebliches Disagio aufwiese.

Das Minus der Mark im Vergleich zur dänischen Krone betrug am 18. Oktober 1919, in Prozent vom Münzpari, rund 81 (Münzpari 88,89 Kronen für 100 Mark). Erhielt man in normalen Zeitläuften für eine Mark 0,89 Kronen, für die Krone 1,12 Mark, so ist die Mark nach dem heutigen Kurs nur noch etwa 0,17 Kronen oder 17 Oere wert, während man 5,92 Mark bezahlen muß, um eine Krone zu kaufen. Die Mark hat sich also gegenüber der Krone um 4/5 entwertet; sie ist nur noch 1/5 des Betrages wert, den man im Frieden in Kronen für sie bekam. Es erhebt sich nun die Frage, wie dieses Disagio, im Falle, daß in Teilen von Schleswig die dänische Kronenwährung an Stelle der Markwährung tritt, sich bemerkbar macht, und wer es zu tragen hat.

Die dänische Regierung könnte die Mark, der Wertverminderung ungeachtet, zum Parikurs übernehmen. Dann würde der dänische Staat den Schaden auf sich laden. In Nordschleswig wohnhafte Anhänger des Anschlusses an Dänemark haben denn auch stark auf diese Lösung gehofft. Sie bildete für alle diejenigen, die nicht aus Gefühlsgründen, sondern wirtschaftlicher Vorteile halber von Deutschland wegstreben, einen der wesentlichsten Reize. Dänische Chauvinisten erwarteten von einer solchen Maßnahme sogar die Gewinnung geschlossen deutsch besiedelter, aber gleichwohl von ihnen begehrter Gebiete für die Abstimmung. Um so größer die Enttäuschung dieser Kreise darüber, daß die dänische Regierung nach allem, was bisher bekannt wurde, nicht gesonnen ist, diesen Weg zu gehen.

Sie scheut die für das kleine, keineswegs in glänzender wirtschaftlicher Lage befindliche Staatswesen nur sehr schwer und nur mit fühlbarem Nachteil erträgliche Belastung. Gib doch der Direktor der neuen südjütischen Kreditvereinigung, Callö, in „Berlingske Tidende“ an, die Durchführung der Einlösung zum Parikurse würde Dänemark allein in der ersten Zone 300 Millionen Kronen kosten. Die dänische Regierung muß aber auch befürchten, daß, wenn sie den Parikurs zugrunde legt, die Schieber Geschäfte machen. Schon jetzt sind Marknoten und Markwerte in Massen nach Nordschleswig geströmt, um an der früher vermuteten, vorteilhaften Umwechselung teilzunehmen. Eine Kontrolle über den Zuwachs aus jüngster Zeit ist kaum durchführbar und jedenfalls, wie die in Elsaß-Lothringen, Belgien und den von den Deutschen besetzten Gebieten Frankreichs, aber auch in den Nachfolgestaaten des alten Österreich-Ungarn gemachten Erfahrungen zur Genüge beweisen, von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Der Egoismus des einzelnen findet in dem noch so kunstvoll geflochtenen Netz staatlicher Maßnahmen immer noch eine schadhafte Stelle, um durchzuschlüpfen. Technisch wäre die Kontrolle wohl kaum anders als durch Abstempelung der Marknoten in dem betreffenden Gebiet zu bewerkstelligen.

Die gleichen Bedenken sind vorzubringen gegen einen Übergang von der Mark- zur Kronenwährung zu einem Kurse, der zwar nicht dem Pari entspräche, aber doch höher als der Tageskurs wäre.

Es ist selbstverständlich, daß die Last, die dem dänischen Staat auf jeden Fall erwüchse, den neuerworbenen Gebieten

Schleswigs mindestens in gleichem Umfange wie dem übrigen Dänemark auferlegt würde. Vielleicht sogar würden sie daran in erhöhtem Maße zu tragen haben, da es sich ja um ihre ureigenste Angelegenheit handelt. Die ehrlichen Schleswiger der abgetrennten Gebiete müßten auf diese Weise die unlauteren Spekulationen mitbezahlen. Der Vorteil der Einlösung zu einem höheren als dem Parikurse würde dadurch zu einem großen Teil illusorisch gemacht. Würde Dänemark aber ganz oder teilweise darauf verzichten, die für die Umwandlung notwendigen Summen im Steuerwege aufzubringen, so bliebe ihm nur noch die Zuflucht zur Notenpresse. Inflation, Steigerung der Warenpreise wären die Folgen; die Wirkung liefe für Dänemark im allgemeinen und Nordschleswig im besonderen auf indirekte Besteuerung hinaus.

Als letzte Möglichkeit bleibt die Einlösung der Mark in Kronen zum Tageskurs. Die dänische Regierung hat aus guten Gründen lange gezögert, bevor sie sich deutlicher darüber vernehmen ließ, in welcher Weise sie die Umwandlung vorzunehmen gedenkt. Auch jetzt herrscht noch keineswegs völlige Klarheit. Aber so viel scheint festzustehen, daß grundsätzlich der Tageskurs an der Kopenhagener Börse maßgebend sein soll. In diesem Sinne äußerte sich der dänische Finanzminister mit ziemlicher Bestimmtheit im Folkething am 19. Juni ds. Js. Der dänische Staat braucht sich bei einer derartigen Lösung allerdings kein Kopfzerbrechen darüber zu machen, woher er das Geld nehmen soll. Ob aber den in erster Linie betroffenen Schleswigern damit geholfen wäre, steht auf einem anderen Blatt.

Man hat in Dänemark im stillen gehofft, daß der Markkurs während der langen Wochen, die von der Unterzeichnung des Friedensvertrages bis zur Abstimmung verflossen sind, sich wieder, wenigstens einigermaßen, erholen würde. Ein besserer Kurs der Mark hätte die Schwierigkeiten ja auch wesentlich verringert. Die Umwandlung zum Tageskurs hätte den von ihr bedrohten Schleswigern gegenüber weit eher gerechtfertigt werden können. Nun hat es das Schicksal gewollt, daß die Mark gerade in jener Zeit den tiefsten, bisher erlebten Sturz erfuhr und immer noch weiter sinkt. Dadurch wurde das schleswig-dänische Valutaproblem nur noch verwickelter. Immer größer muß die Schädigung erscheinen, die den von einer Loslösung vom Reiche betroffenen Einwohnern Schleswigs bevorsteht.

Dabei kann es gar wohl geschehen, daß, nachdem die Kronenwährung in den in Frage kommenden Gebieten Schleswigs eingeführt ist, wenn in Deutschland die Ordnung zurückkehrt — die Produktion zunimmt, die Ausfuhr steigt und ausländische Kredite an Deutschland gewährt werden — der Kurs der Mark wieder, vielleicht wesentlich, in die Höhe geht. Bekümmert wird dann der inzwischen dänisch gewordene Schleswiger daran denken, wieviel mehr er jetzt in Kronen bekommen würde, wenn er noch im Besitz seiner Markwerte wäre und wieviel er infolge der Umwandlung seines Vermögens und Einkommens in Kronen zu dem schlechteren Kurs verloren hat.

Die dänische Propaganda versucht den Schleswigern vorzutäuschen, daß mit der Einlösung in Kronen solange gewartet werden könne, bis die Mark sich wieder erheblich gebessert hätte. Für jeden Kenner des Geldwesens steht es aber fest, daß ein derartiger Zustand nicht Jahre lang aufrecht erhalten werden kann. Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die durch die Angliederung zwischen den neuen Gebietsteilen und dem alten Staat hergestellt werden, sind so mannigfaltig und so stark, daß eine einheitliche Währung, in der sie ihren Ausdruck finden können, zwingendes Gebot ist. Nach menschlichem Ermessen wird eine nachhaltige Besserung der Mark erst nach längerer Zeit eintreten. Es muß mit Jahren gerechnet werden. Auf keinen Fall wird daher der Tageskurs im Augenblick des Übergangs von der Mark- zur Kronenwährung bereits um so viel günstiger sein als heute, daß die schweren Schädigungen vermieden werden. Im Gegenteil scheint der tiefste Stand der Mark noch nicht erreicht, und es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß der Tageskurs, der schließlich für die Transaktion herausgegriffen wird, noch bedeutend schlechter sein wird als der heutige.

Der Schleswiger, der nach vollzogener Umwandlung statt eines Vermögens von 100 000 Mark nur noch 20 000 Kronen besitzt, statt eines Einkommens von 10 000 Mark nur noch 2000 Kronen bezieht, muß dabei für seinen Lebensunterhalt Kosten aufbringen, die nicht viel geringer sind als in Deutschland auch. Denn auch Dänemark hat unter dem Krieg und den Umwälzungen, die er in Produktion, Handel und Schiffahrt der ganzen Welt hervorgerufen hat, schwer gelitten. Der Reisebericht eines dänischen Blattes, „Politiken" vom 13. Juli, ist ein gewiß unverdächtiges Zeugnis dafür, daß die Kaufkraft der Mark in Deutschland sich nicht allzu sehr von der Kaufkraft der Krone in Dänemark unterscheidet. Der Verfasser schreibt, daß man es als absonderlich empfinde, wenn bei der Grenzüberschreitung das dänische Reisegeld mit 3 (jetzt mit 5!) multipliziert würde und bemerkt dazu wörtlich: „Aber tatsächlich ist es so, daß eine Reichsmark, die von uns für 30 Oere (jetzt für 17 Oere!) gekauft wird, in Nordschleswig ungefähr den Wert einer Krone hat. Landesgrenzen zu verlegen ist, wie wenn man eine Schleuse zwischen zwei Meeren mit verschiedenem Wasserstand öffnet. Die Wassermengen strömen ein, und Menschen und Werte werden im Mahlstrom herumgeschleudert, indem der eine reich, der andere arm wird". An einer anderen Stelle des Reiseberichts heißt es: „Ein Flensburger Händler mit einem Wirtschaftskapital von 100 000 Mark, der gegen einen Konkurrenten mit ebenfalls 100 000 Mark arbeitet, wird in Dänemark dem entsprechenden dänischen Konkurrenten begegnen Aber dieser ist hier mit 100 000 Kronen gerüstet, während das Kapital des kleinen Händlers auf 30 000 Kronen zusammengeschmolzen ist. Er ist fertig und kann geraden Weges zum Spartakus gehen".

Ganz besonders schwer getroffen sind natürlich Pensionäre und Rentner, die durch die Herabsetzung ihrer Bezüge um das Fünffache bei gleichbleibenden Preisen und ohne die Möglichkeit, ihr Einkommen zu steigern, geradezu vor die Existenzfrage gestellt werden. Nun soll die dänische Regierung zwar beabsichtigen, aus einer Ausgleichskasse Unterstützungen an in dieser Lage befindliche Personen zu zahlen. Aber selbst „Politiken" vom 30. 8. 19 bezeichnet dies nur als „eine Art Almosengewährung zur Beseitigung der schlimmsten Härten".

Ein Ersatz der durch die Umwandlung der Markwerte in Kronen angerichteten Schäden im Wege von Zuschüssen läßt sich auf einwandfreie Weise auch gar nicht durchführen Die praktischen Schwierigkeiten sind viel zu groß. Die Schichtung von Vermögen und Einkommen, die bestehenden Schulden und Forderungsrechte — sie alle müßten in ihrer bunten Mannigfaltigkeit berücksichtigt werden, dabei in einem Zeitpunkt, wo diese ganzen Verhältnisse durch die Einführung einer neuen Währung in Fluß geraten und die bisher zu Deutschland gehörigen Gebiete durch die Angliederung an einen anderen, von eigenem Leben durchpulsten Wirtschaftskörper, tiefgreifende Veränderungen erfahren. Produktion und Absatz, Ein- und Ausfuhrhandel, sie alle müssen sich neu orientieren. Dazu kommt eine Belastung mit Steuern, die nicht nur anders verteilt, sondern im ganzen auch schwerer

ist, als bisher in Deutschland. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, angesichts all dieser einander zum Teil aufhebenden, zum Teil verstärkenden Bewegungen und Verschiebungen, den Anteil festzustellen, der auf die Valuta fällt. Von den Unterstützungen ist im übrigen dasselbe zu sagen, was bereits über eine eventuelle Aufbringung der Summen für eine Einlösung zum Parikurse ausgeführt wurde. Irgendwie würden sie doch wieder, sei es direkt oder mittelbar, sei es ganz oder teilweise, von dem dänisch gewordenen Gebiet Schleswigs zu tragen sein.

Es soll nicht geleugnet werden, daß es auch in den von Dänemark erstrebten Bezirken Leute gibt, die aus der Umwandlung der Mark in dänische Kronen, selbst wenn sie zum Tageskurs erfolgt, auf andere Art ihren Vorteil ziehen. Für den Schieber genügt die Tatsache, daß überhaupt Veränderungen vor sich gehen, gleichgültig mit welchem Ziel. Wer Zahlungen nach Deutschland zu richten hat, in Markwährung, wird sich im Augenblick, auch wenn seine Bezüge in Kronen zahlenmäßig kleiner werden, zum mindesten nicht schlechter stellen. Vor optimistischen Erwartungen sollte er sich allerdings hüten, denn es besteht ja die Aussicht auf eine Erholung der Mark in späteren Jahren.

Im ganzen und großen treten bei einer Angliederung bisher deutschen Gebietes an Dänemark unter Übergang zu einer neuen Währung Gewinn und Verlust ein wie ein Geschick des Himmels. Verluste treffen doppelt hart, weil sie nicht durch eigene Fehler verursacht sind, Gewinne sind unmoralisch, weil ihnen keine Leistung entspricht. Das schlimmste aber ist: ob dem einzelnen Nutzen oder Schaden beschieden sind, und wie sich beide verteilen, erscheint auf lange Zeit ungewiß. Auch wenn die Einlösung der Markwerte in Kronen zu Ende geführt ist, kann die Wirkung dieser Maßnahme noch keineswegs voll ermessen werden. Sie macht sich erst nach und nach in ihrem ganzen Umfange und in allen Einzelheiten geltend.

Das wirtschaftliche Leben in den betroffenen Gebieten muß erst wieder seinen neuen Takt finden. Und nicht jedes Gewächs verträgt es, aus altem, gewohntem Boden genommen und in neues Erdreich verpflanzt zu werden. Läßt sich der Prozeß endlich übersehen, dann sind, was schon der erwähnte Reisebericht andeutet, viele arm geworden, die bisher wohlbemittelt waren, und bisher Arme sind zu Wohlstand gelangt. Kein Gedanke aber ist dem ehrlich Strebenden, dem Fleißigen und Tüchtigen mehr zuwider, als sein Wohl und Wehe nicht in der eigenen Hand zu halten, sondern beides, von Willen und Leistung unabhängig, dem Zufall zu verdanken. Die bodenständige, der Scholle in treuer Arbeit dienende Bevölkerung Schleswigs ist in solcher Gesinnung groß geworden. Darum wird sie ihr auch bei der Abstimmung Ausdruck zu geben wissen, wenn anders sie über ihre Lage und das, was auf dem Spiel steht, wirklich unterrichtet ist.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Reichsverfassung und Volkswirtschaft

Es ist eine schwere und mißliche Aufgabe, über die neue Verfassung des Deutschen Reiches ein Urteil abzugeben. Die Luft ist voll von Keimen der Zerstörung, nur die Kritik findet noch Boden, nur die Parteilichkeit gedeiht und täuscht ein Scheinleben des Fortschritts vor. Jeder, dem der wohlgefügte Bau des Staates noch immer die oberste Norm aller politisch-wirtschaftlichen Betrachtung ist, kann nichts sehnlicher wünschen als diesem Zirkel von Negation und Widerwillen zu entrinnen; in allem Geschehenden nur noch das Positive, Fördernde, Aufbauende zu sehen; sich allem zu verbünden was noch lebenskräftig, guten Willens und starker Hände ist. Dennoch hieße es sich an unserm Volk und seinem Genius zu versündigen, wenn über die sinnbildlichen Erzeugnisse dieser Zeit gesprochen würde, ohne von der furchtbaren Kluft zu reden, die sie von dem besten Geist der Nation trennt. Nur wenn das Bewußtsein dieses Gegensatzes offengehalten wird, kann eines Tages das Eintägliche vom Dauernden abgesondert und einer tiefer im Wesen und im Schicksal des Volkes begründeten Ordnung der Weg bereitet werden. Hiermit ist weder die Reaktion von rechts noch die Revolution von links gemeint, sondern die Umwendung aus der Mitte: eben dem Eigensten und Innersten des deutschen Geistes.

Eine Verfassung soll die Erbweisheit eines Volkes, wie sie als Institution und Tradition fortlebt, mit dem schöpferischen Willen seiner Führer im Geist einer der seltenen Stunden verbinden, wo die vagen Möglichkeiten seiner Natur unter dem Druck eines großen Schicksals Gestalt annehmen und das Fließende einmal in Jahrhunderten fähig wird, in feste Form einzugehen. In der Verfassung vom 11. August 1919 ist von den überlieferten Werten der deutschen Vergangenheit wenig, von dem Atem eines führenden Mannes schlechthin nichts zu spüren. Man sieht eine überaus achtbare und redliche Mühe am Werk, alle zeitgeborenen Forderungen des gesellschaftlichen Fortschritts zu kodifizieren. Aber man vermißt den Hauch, der das nach Herkunft, Wert und Ziel Ungleiche in eine dauerhafte Einheit schmilzt. Auf jeder Seite sind die Nähte des parteipolitischen Kompromisses, des Austausch- und Kompensationsgeschäftes im kleinen und großen sichtbar. Kein Satz ist adlig und frei ausgesprochen, so viel große Worte verwendet werden. Von keinem kann gezeigt werden, daß in ihm der Geist der deutschen Heroen, weder der Dichter und Denker, noch der Staatsmänner und Herrscher lebt. Es ist als ob ein Beispiel gegeben werden sollte, daß alle Tüchtigkeit und aller guter Wille, aller Fortschritt im einzelnen und aller Wille zur Verträglichkeit nicht hinreichen, einen Staat zu bauen. Nur der Geist wirkt auf den Geist. Hier aber redet ein Kompromiß aus Parteiprogrammen.

Man mißverstehe uns nicht: es ist nicht Aufgabe einer Verfassung, von den Dingen des Geistes zu reden und Grundlagen der Weltanschauung zu Staatsgrundsätzen zu erheben. In der Bismarckschen Verfassung des Reiches war nur das Unerläßliche über die Rechte und Aufgaben des Reiches niederlegt, aber auch die geringfügigste technische Vorschrift zeugte von dem besonderen Geist ihres Urhebers. In dieser Augustverfassung werden zwar sittliche Forderungen als „Grundrechte und Grundpflichten des Deutschen" statuiert, die den Kreis der Rechtsnormen meilenweit überschreiten. Aber sie scheinen ohne Kraft, ohne Verbindlichkeit, ohne Gewicht. Sie sind schon dadurch jeder Wirkung und Größe beraubt, weil sie mit einer Unbefangenheit, die nur ein völliger Mangel an Gefühl für Stil und Würde möglich machen kann, Forderungen des Tages unter die säkularen Regelungen mischen und sich der Komik nicht bewußt zu sein scheinen, die, um nur ein Beispiel zu wählen, darin liegt, daß in die Verfassung die Ermächtigung aufgenommen wird, die Zensur für Kinovorführungen beizubehalten und sich der Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur zu widmen.

Tritt in diesen Abschnitten der Verfassung der Hang zum

Kleinlichen, Übergenauen und Banausischen hervor, der überall dort unserm Volke eigen zu sein scheint, wo es nicht von einem schöpferischen Mann in strenge Zucht und große Bewegung gebracht wird, so verraten die Abschnitte, die von der Neuordnung der Wirtschaft reden, die ganze Unseligkeit der Partei- und Interessenzerklüftung, den Mangel an Entschlußkraft, an Leidenschaft und an Schwung. Was sich in diesen Paragraphen ausspricht, ist ein Sozialismus ohne Glaube und ein Liberalismus ohne Weite. Kein weiser Ausgleich vermittelt zwischen den Polen, die doch nur auf den schöpferischen Funken warten, der allein, von Pol zu Pol überspringend, den leuchtenden Bogen der neuen Wirtschaftsordnung herstellen kann. Statt der Weisheit Bedachtsamkeit, statt des Willens zum Ausgleich Hang zu Kompromissen, statt des Schöpferischen gegenseitiges Mißtrauen.

Es ist nicht leicht, den Sinn dieser Abschnitte eindeutig festzustellen. Artikel 151 bestimmt in seinem ersten Absatz: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern" (man erwartet „gewährleisten"; aber die Zeit ist so sehr aus den Fugen, daß, wie es scheint, alles, was nicht „verankert" wird, doch mindestens zu „sichern" *ist*); in seinem zweiten Absatz: „Gesetzlicher Zwang ist nur zulässig zur Verwirklichung bedrohter Rechte oder im Dienst überragender Forderungen des Gemeinwohls"; in seinem dritten Absatz: „Die Freiheit des Handels und Gewerbes wird nach Maßgabe der Reichsgesetze gewährleistet". Der Kompromiß zwischen den sozialistischen und den individualistischen Tendenzen zeigt in jedem Abschnitt verschiedene Färbung. Es ist, als ob drei Parteien oder Partei-Untergruppen drei Versionen vorgelegt und sich schließlich darauf geeinigt hätten, alle drei in die Verfassung aufzunehmen.

Das Eigentum wird gewährleistet. Enteignungen sind aber, auch ohne daß eine angemessene Entschädigung gezahlt wird, durch Reichsgesetz möglich. Dagegen wird eine Pflicht zur „Vergesellschaftung" der dafür geeigneten Unternehmungen nicht aufgestellt. Das Reich wird vielmehr nur zur Verstaatlichung solcher Unternehmungen ermächtigt. Der gesetzliche Zusammenschluß von wirtschaftlichen Unternehmungen und Verbänden zu Selbstverwaltungskörpern „zum Zwecke der Gemeinwirtschaft" soll sogar nur „im Falle dringenden Bedürfnisses" möglich sein. Diesen Selbstverwaltungskörpern wird die Aufgabe gesetzt, „die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln". Ist hiermit der Tendenz zur Sozialisierung und Rationalisierung der Produktion das Tor geöffnet, so gibt die Bestimmung des Artikel 164, daß der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in (soll heißen: durch) Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ueberlastung und Aufsaugung zu schützen sei, eine Handhabe gegen die folgerichtige Auswirkung dieser Tendenz.

Im Artikel 163 wird festgestellt, daß jeder Deutsche die Pflicht hat, „seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert", — zugleich aber wird diese Feststellung durch die Klausel entkräftet, daß durch diese Pflicht seine „persönliche Freiheit" nicht berührt wird. Was aber ist eine Pflicht, die keine persönliche Freiheit einschränkt?

Nur an einer Stelle wird der Versuch gemacht, die Gegensätze durch eine Neuordnung entschlossen zu überbrücken, statt zwischen ihnen ängstlich und ohne viel Nachdenken hin und her zu laufen: in der Errichtung des Reichswirtschaftsrats. Es ist bezeichnend, daß dieser Gedanke weder von einem Liberalen noch von einem Sozialisten stammt, sondern von Bismarck herrührt und von Menschen aufgenommen und umgebildet ist, in denen ein nicht von Parteidoktrinen bestimmtes Bild von den Notwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft lebt — Wichard von Moellendorff, sein wichtigster Verfechter, ist von allen Fraktionen gleich befehdet. Der Widerwille des Deutschen, und zumal des „politisierten", gegen jede nicht vom Ausland übernommene oder doch angeregte Institution ist noch immer so groß, daß dieser Gedanke schwerlich auf Resonanz, geschweige denn auf Realisierung rechnen konnte, wenn nicht die russische Räteverfassung in den Massen das Verlangen nach einer Überwindung des reinen Parlamentarismus westlicher Herkunft geweckt hätte. Der Primat des Parlaments allerdings bleibt in Deutschland auch jetzt gewahrt: Gesetzgebung kommt nur durch Beschluß des Reichstags zustande. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung aber sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat — in dem „alle wichtigen Berufsgruppen, entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung" vertreten sein sollen — zur Begutachtung vorgelegt werden. Dem Reichswirtschaftsrat wird ferner das Recht gegeben, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Wenn die Reichsregierung diesen Vorlagen nicht zustimmt, so muß sie sie doch unter Darlegung ihres Standpunkts beim Reichstag einbringen. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten, die zugleich den Unterbau des Reichswirtschaftsrats bilden, können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Hiermit ist wenigstens ein erster Versuch gemacht, die Gestaltung der Wirtschaftsordnung den Händeln der parlamentarischen Parteipolitik zu entziehen und die Träger und Führer der Wirtschaft selbst zum Träger wirtschaftspolitischer Verantwortungen zu machen.

Ob aber dieser Gedanke fruchtbar werden wird, muß allein von dem Geist abhängen, in dem er verwirklicht wird. Hier ist vorderhand wenig Grund zum Hoffen. In heilloser Zeit vermehren auch die besten Gesetze nur das Übel. Daß eine Gesundung weder von dem Fortschreiten auf der gedankenlosen Bahn, noch von bloßen Staatsstreichen der oppositionellen Parteien erwartet werden kann, kennzeichnet den verzweifelten Ernst der Lage Deutschlands und nicht nur Deutschlands: denn was in Deutschland geschieht, ist von nun an mehr als je vorbildlich und sinnbildlich für das Geschehen draußen.

Kurt Singer

Vereinigte Staaten

Der Wettbewerb in der Glas-, Kali- und Farbstoffindustrie

Auch die Vereinigten Staaten haben im Kriege die gleichen Bemühungen, wie vor allem England, gemacht, um sich von der früheren Abhängigkeit von den deutschen „Schlüsselindustrien" zu befreien, und deren für zahlreiche andere Industriezweige unentbehrlichen Produkte im Lande selbst herzustellen; insbesondere war man auf die Entwicklung folgender Industrien bedacht: Optische Gläser, Glaswaren für chemische Zwecke, Kali, Farbstoffe und Kohlenteerprodukte zur Herstellung von Farbstoffen. Das „Board of Trade Journal" gibt Auszüge aus einer Reihe von Berichten der „United States Tariff Commission" über die Entwicklung dieser Industriezweige in Amerika, denen wir die nachstehenden Angaben und Ziffern entnehmen:

Optische Gläser wurden bis zum Ende des Jahres 1917 in Amerika überhaupt nicht hergestellt. Sie wurden fertig, roh geschliffen oder unbearbeitet in der Hauptsache von Deutschland eingeführt. Im Jahre 1913 importierte Amerika optische Gläser im Werte von 506 594 $ und 1914 im Werte von 617 703 $, wovon 50 % von Deutschland und 27 % von England kamen. Während des Jahres 1915 hat der Import von Deutschland seine Höhe noch annähernd behauptet, während im darauffolgenden Jahre die Einfuhr von Deutschland fast gänzlich aufhörte, die von England dagegen stieg. Nachdem Amerika 1917 Teilnehmer am Kriege geworden war, lag plötzlich ein enormer Bedarf an optischen Instrumenten für Heer und Marine vor, und es wurde nunmehr unter Anleitung des „Carnegie-Institutes" und des „United States Bureau of Standarts" zur Fabrikation geschritten mit dem Erfolge, daß im Jahre 1918 fünf Arten von Glas in genügender Menge hergestellt wurden, um in Gemeinschaft mit dem Import von England und Frankreich den gesamten Kriegsbedarf zu decken. Im April 1918 wurden bereits 28 157 lb Glas hergestellt, im Mai: 46 538 lb, Juni: 85 295 lb, August: 93239 lb und Oktober: 95563 lb. Die hauptsächlichsten Arten waren: Gewöhnliches Kronglas, Borosilikatglas, Bariumkronglas und Flintglas.

Es konnten indessen noch nicht sämtliche erforderlichen Glasarten fabriziert werden, und Amerika war auch 1918 noch gezwungen, ungefähr die Hälfte des Bedarfs an unbearbeitetem Glas, der vor dem Kriege vorlag, zu importieren, ebenso eine Menge optischer Instrumente. — Der Bericht erwähnt an dieser Stelle ein neues, amerikanisches Herstellungsverfahren von Glas mit einem Zeitaufwand von nur 24 statt 48 Stunden. Durch dies beschleunigte Verfahren, namentlich durch früh beginnendes Rühren der Masse, soll eine besonders gute, blasen- und streifenfreie Qualität erzielt worden sein.

Bis jetzt wurden unverarbeitete optische Gläser zollfrei eingeführt, ebenso geschliffene Gläser für Lehranstalten; die Glasfabrikanten verlangen jetzt aber einen Schutzzoll für die neue Industrie.

Glaswaren für chemische Zwecke. Eigentlich der gesamte Bedarf wurde bis 1915 vom Auslande gedeckt, in erster Linie von Deutschland und Österreich. Dann wurde in den Vereinigten Staaten die Fabrikation aufgenommen, und mehr als 17 Firmen stellten jetzt diese Artikel her. Neben der Versorgung des eigenen Landes weist Amerika hierin im Jahre 1918 einen Export an mehr als 17 Länder auf. Für 1913 wird die Einfuhr auf 1,2 bis 1,5 Mill. $ geschätzt; 1915 produzierte Amerika Glaswaren für chemische Zwecke im Werte von 950 319 $, 1918 bereits für 2 865 774 $. Seit 1915 ist von diesem Handelsartikel nichts mehr eingeführt, und während der zweiten Hälfte des Jahres 1917 ist er zum ersten Male von Amerika exportiert worden.

Glaswaren für Fabrikations- und Handelszwecke unterliegen einem Einfuhrzoll von 45 %, sie sind jedoch für Lehrzwecke zollfrei. Auch hierfür wird von den Fabrikanten jetzt ein Schutzzoll — und zwar in Höhe von 45 % — angestrebt.

Die Kaliindustrie. Im Jahre 1913 importierten die Vereinigten Staaten 270720 short tons (zu 2000 lb) Kalisalze, wovon über 99 % auf Deutschland entfielen, während im Lande selbst überhaupt nichts gewonnen wurde. Seitdem hat die Einfuhr fast gänzlich aufgehört, und 1918 waren 78 Firmen mit der Herstellung von Kaliverbindungen beschäftigt, deren Gesamtproduktion sich auf 192 587 t Rohmaterial mit einem Kaligehalt (K_2O) von 52 135 t belief. Das Jahr 1915 war fast ausschließlich experimenteller Tätigkeit gewidmet, 1916 sah bereits ein Erzeugnis von 9720 t K_2O, 1917 wurden 32 573 t hergestellt und 1918, wie erwähnt, 52 135 t.

Diese neuerdings in den Vereinigten Staaten entwickelte Versorgung mit Kalisalzen hat ihre Quellen teils in Nebenprodukten anderer Industrien, teils bilden sie Primärprodukte. Der weitaus größte Teil der Kalisalze, nämlich 75 %, wurde aus natürlicher Salzsole gewonnen, überwiegend aus den alkalischen Seen in den Sandhügeln Nord-Nebraskas. Die durch Eindampfen der Sole gewonnenen gemischten Salze enthielten 20 bis 30 % Kalisalze. Für die Zukunft erwartet man den größten Gewinn aus dem halbsoliden Searles Lake in Kalifornien und der Salduro Salt Marsh in Utah. — Andere Quellen für die Gewinnung von Kalisalzen waren: Kalialaun, Staub von Zementwerken, Asche von Seepflanzen (Kelp) und Abfälle der Melassedestillation. Ferner sind Versuche gemacht worden, die gewünschten Salze aus dem Staub der Hochöfen zu gewinnen. Wenn auch bis jetzt hieraus keine nennenswerten Mengen erzielt wurden, so erhofft man doch für die Zukunft gute Resultate. Die nachstehende Tabelle zeigt die Verteilung der im Jahre 1918 in den Vereinigten Staaten gewonnenen Kalisalze auf die verschiedenen Produktionsquellen:

Produktionsquelle	Anzahl der Produzenten	Gesamtproduktion (short tons)	K_2O-Gehalt (short tons)
Natürliche Salzsole	21	147 125	39 255
Kalialaun	4	6 073	2 619
Staub von Zementwerken	9	11 739	1 429
Asche „ Seepflanz. (Kelp)	6	14 456	4 292
Melassedestillations-Abfälle	4	9505	3 322
Holzasche	26	609	365
Andere Quellen	8	3 080	853
Zusammmen	78	192 587	52 135

Farbstoffe und Kohlenteer-Chemikalien. Die Frage der Herstellung von Farbstoffen sowie von Kohlenteer-Derivaten und deren Verwendung behandelt der Bericht sehr eingehend, sowohl in bezug auf die in Amerika bereits aufgebaute Industrie als auf die noch zu überwindenden Schwierigkeiten in weiterer Ausführung der Pläne. Neben den Farb-

stoffen werden als Kohlenteerprodukte, deren Fabrikation in Frage kommt, genannt: Sprengstoffe, pharmazeutische Artikel, Gewürze, Parfums, photographische Entwickler, die im Kriege verwendeten giftigen Gase, Gerbstoffe usw.

Vor dem Kriege hat Amerika den weitaus größten Teil seiner Farbstoffe und Kohlenteer-Derivate von Deutschland bezogen, war nach Ausbruch des Krieges aber gezwungen, diese — soweit möglich — selber zu produzieren. Der Bericht weist an dieser Stelle auf die nahen Beziehungen der Farbstofffabrikation zu der Herstellung von Sprengstoffen hin und versteigt sich zu der bezeichnenden Bemerkung: „Es ist genügend Grund zu glauben, daß die militärische Bedeutung dieses Umstandes in weitem Maße die Ursache davon gewesen ist, daß man in Deutschland der Farbstoffindustrie seit geraumer Zeit so viel Bedeutung beigelegt hat."

Des weiteren wird dann ausgeführt, daß unüberwindliche Schwierigkeiten für den weiteren Ausbau der Farbstoffindustrie in Amerika eigentlich nicht vorliegen, doch erfährt diese Ansicht eine Einschränkung dadurch, daß zum Schluß nur das Vorhandensein von Rohmaterialien in genügender Menge festgestellt wird. (Vor Jahresfrist ging der „Scientific American" in dieser Hinsicht erheblich weiter, indem er die kühne Behauptung aufstellte, es gäbe „bekanntlich" in Amerika hunderte so tüchtiger Chemiker, wie Deutschland keinen einzigen aufzuweisen hätte.) Von den für die Herstellung von Farbstoffen in Betracht kommenden Rohstoffen werden zurzeit in Amerika Benzol, Toluol und Naphtalen in reichlicher Menge hergestellt, während die Produktion von Anthracen noch hinter dem Bedarf zurücksteht.

Im Jahre 1918 waren im ganzen 215 Firmen, ausschließlich der Kokswerke, Gasanstalten und Sprengstoffabriken, mit der Herstellung von Kohlenteer-Derivaten beschäftigt. Die Gesamtproduktion von Farbstoffen in den Vereinigten Staaten belief sich im Jahre 1918 auf 57 155 600 lb im Werte von 61,3 Mill. $ (d. i. 45 977 246 lb bzw. 57,8 Mill. $ mehr als 1917). Die Ausfuhr von „Farben und Farbstoffen" einschließlich Naturfarben betrug 16,9 Mill. $ im Etatsjahr 1. 7. 17 bis 30. 6. 18). Es wird betont, daß die Preise — mit wenigen Ausnahmen — im Jahre 1918 niedriger waren als 1917 trotz der in dem letzteren Jahre höheren Arbeitslöhne und allgemeinen Kosten.

Alsdann wird weiter erwähnt, daß eine große Anzahl wichtiger Farbstoffe noch nicht in den Vereinigten Staaten hergestellt wird. Die Hauptprodukte sind bis jetzt Azo-, Schwefel- und Indulinfarben, von denen in der Hauptsache die ersteren bereits vor dem Kriege in größerer Menge hergestellt wurden, aber auch aus importierten Zwischenprodukten. Eine Art der Azofarben, die man noch nicht herstellen kann, ist das Zambesischschwarz, von dem 1914 nicht weniger als 629 359 lb eingeführt wurden. Die Gesamtproduktion an Azofarben im Jahre 1918 war 24 811 141 lb im Werte von 32 Mill. $. Eine andere Klasse der Farbstoffe, deren Fabrikation drüben besonders gefördert ist, bilden die Schwefelfarben, von denen 1918 auf dem Markte 22 510 799 lb erschienen im Werte von 10,2 Mill. $. Ferner werden Fortschritte auf dem Gebiete der Indulin- und Triphenylmethanfarben erwähnt, wohingegen die Entwicklung der Indigo- und Alizarinfarben rückständig ist und andere wichtige Produkte, wie z. B. Carbazolfarben und Farbstoffe von Anthracen überhaupt nicht erschienen.

Die Betrachtungen über die weiteren Ausbaumöglichkeiten der Farbstoffindustrie in Amerika, welche die Kommission an obige Aufstellungen knüpft, klingen durch ihre Flauheit recht ermutigend für uns. Es heißt da an einer Stelle: „Die (Farb-)Industrie in Amerika hat große Fortschritte während der letzten vier Jahre gemacht aber sie steht noch nicht auf einer ökonomisch gesunden Basis. Sie ist einseitig und die Selbstkosten sind äußerst hoch im Vergleich zu den Preisen, zu denen deutsche Farben vor dem Kriege verkauft wurden. Einige Farbstoffe werden im Überfluß hergestellt, während andere gänzlich oder fast völlig fehlen. Es waren diese letzteren, welche die außerordentlich wertvolle Ladung des Handels-Unterseebootes „Deutschland" bildeten. Es ist eine Lücke in der amerikanischen Produktion, die ausgefüllt werden muß". Es wird hier auch erwähnt, daß das Verfügen über die deutschen Patente im Jahre 1917 nur einen Teil der Schwierigkeiten beseitigt hat, und daß es in erster Linie an Fachleuten und Erfahrungen fehlt. Die Kommission bekennt dann vor einer sehr schwierigen Frage zu stehen: Da viele wichtige Farbstoffe nicht hergestellt werden können, müssen sie auch fernerhin eingeführt werden und zwar in erster Linie von Deutschland. Die freie Einfuhr dieses einen Teiles der Farbstoffe zu gestatten, eines anderen hingegen einzuschränken, hält die Kommission aber für schwer durchführbar, da die übermäßig hohen Preise der in Amerika hergestellten Farbstoffe immer zu einer Umgehung dieser Verordnung, die schwer zu kontrollieren ist, Mittel und Wege finden lassen würden.

Zur Beseitigung der im Wege stehenden Schwierigkeiten empfiehlt die Kommission einerseits die Heranbildung von Fachleuten für die in Frage kommenden Spezialfächer, andererseits den Zusammenschluß der vorhandenen Farbstoffwerke — zurzeit 77 Firmen für Herstellung von Farbstoffen und 127 für Fabrikation von Zwischenprodukten — also Zentralisation von Kapital und Leitung.

In Deutschland scheint in letzter Zeit an manchen Stellen die Vermutung lautbar geworden zu sein, daß hiesige Patente und Lizenzen nach Amerika verkauft werden sollen. Dem gegenüber äußerte sich eine führende Persönlichkeit der chemischen Industrie, wie das „Hamburger Fremdenblatt" kürzlich meldete, folgendermaßen:

„Es ist nur teilweise richtig, wenn die Verhandlungen, die die amerikanischen Interessenten mit uns gegenwärtig führen, so hingestellt werden, als handele es sich darum, unsere Patente, Lizenzen oder gar bestimmte Beteiligungen en bloc nach Amerika zu verkaufen. So weit von der chemischen Industrie die Rede sein kann, ist zunächst festzustellen, daß die Anilinfarben-Industrie und die pharmazeutische Industrie sich so kräftig bereits erholt haben, daß überhaupt an eine finanzielle Stütze von dritter Seite nicht zu denken ist. Die deutsche chemische Industrie ist bereits heute wieder in der Lage, die führende Rolle im Weltmarkt ohne weiteres einzunehmen. Für Verhandlungen kommen einmal die notleidenden kleinen chemischen Fabriken in Betracht, die ihre Lizenzen gern verkaufen möchten. Die Frage wird nur sein, inwieweit die Amerikaner dafür Interesse haben werden, da sie diese Fabrikate ziemlich gleichwertig selbst herstellen können. Was sie nicht herstellen

können, sind die wichtigsten pharmazeutischen Präparate und Farben, trotzdem sie während der letzten Jahre über 100 Mill. $ in den Fabriken investiert haben. Die Amerikaner sind zwar über die Verhältnisse der deutschen chemischen Industrie ausreichend gut unterrichtet. In gleicher Weise sind aber auch wir Deutschen über die Lage der Amerikaner informiert, die heute vor der Aufgabe stehen, entweder erklären zu müssen, daß ihre eigene chemische Industrie ein Fehlschlag war und daß die 100 Mill. $ verloren gingen, oder versuchen müssen, mit der chemischen Industrie in Deutschland ein Arrangement zu finden, das ihr eigenes Prestige im Lande wahrt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frage der Nationalisierung der wichtigen Kriegsindustrie, zu der auch die Schaffung der eigenen chemischen Industrie gehört, eine große Rolle bei der künftigen Präsidentenwahl spielen wird, und wenn daher Amerika heute erklären muß, daß es der Einfuhr von deutschen Chemikalien in erheblichem Umfange benötigt, trotz ihrer eigenen Industrie, so bedeutet das eine Bankerotterklärung der wirtschaftlichen Kriegspolitik der Demokraten. Von diesem Gesichtspunkte ist das Interesse der Amerikaner an unserer chemischen Industrie zu betrachten. Sie versuchen auf allen Wegen eine finanzielle Beteiligung zu finden, die das Odium eines Exports deutscher Chemikalien ausschließt. Sie wollen eine Patentbank zwecks Verwertung der in Amerika liegenden deutschen chemischen Patente ins Leben rufen, sie versuchen, nominelle Patentinhaber nach Amerika hinüberzulocken, um dann auf dem Wege des Entschädigungsprozesses sich mit den deutschen Gesellschaften vielleicht zu verständigen. Nur hat im Augenblick die Industrie hierfür nur geringes Interesse, und sie kann getrost die weiteren Angebote der Amerikaner erwarten. Die Zeit des wirtschaftlichen Pessimismus ist gerade für die chemische Industrie vorüber".

Diese Worte von eingeweihter Seite sind umso beachtenswerter, als sie sich mit den in dem Berichte der „United States Tariff Commission" so klar hervortretenden Bedenken in treffendster Weise decken. *Rud. Haefcke*

Finnland

Zunahme des Außenhandels durch Abbau der Handelsbeschränkungen — Englands Vorgehen zur wirtschaftlichen Beherrschung Finnlands

Nachdem in den letzten Monaten die Handelsbeschränkungen in England, vor allem die der Papiereinfuhr, aufgehoben sind, hat die Ausfuhr aus Finnland sehr zugenommen (in Mill. FM):

	Juli	August	Januar/August
Holz	49,9	95,2	200
Holzmasse und Papier	4,1	32,6	59

Auch mit Deutschland sollen nach Aufhebung der Blockade schon wieder größere Abschlüsse getätigt sein. Wenn auch die Abnehmer immer noch nur ihren augenblicklichen Bedarf decken und keine großen Lagerbestände ansammeln wollen so ist in den vorstehenden Zahlen doch schon eine für Finnland sehr erfreuliche Verbesserung zu erblicken.

Allmählich hatten auch in Finnland die Handelsbeschränkungen zu einem ausgebildeten Valutaschleichhandel und zu zahlreichen Fälschungen von Einfuhrscheinen geführt. Hierdurch zur Einsicht ihrer Ohnmacht gekommen, hat die finnische Regierung am 5. 9. eine große Anzahl von Einfuhrverboten aufgehoben und gleichzeitig dem Valutahandel Erleichterungen gewährt. Damit ist einer Wiederkehr normaler Zustände der Weg geebnet. Die nächste Folge war naturgemäß eine Zunahme der Einfuhr und damit ein starkes Sinken der Valuta. Als Verkaufskurse für ausländisches Geld wurden am 14. 10. von Finlands Bank notiert:

	Münz-pari	Kurs am 14. 10.		Münz-pari	Kurs am 14. 10.
London	25,22	103,80	Stockholm	138,89	606,—
Paris	100,—	290,—	Kristiania	138,89	571,—
Berlin	123,45	93,—	Kopenhagen	138,89	538,—
Amsterdam	208,32	942,—	New York	5,18	24,70
Wien	105,01	—,—	Basel	100,—	444,—

Ein wichtiges Glied in der Kette der neuangebahnten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Finnland und England ist die von der finnischen Regierung in England im September aufgenommene Valutaanleihe von 6 Mill. £, welcher Betrag bei dem heutigen Kurse einer Summe von 600 Mill. FM entspricht; die British Bank of Foreign Trade sagt in einer Broschüre, daß die Anleihe nicht etwa Mittel für irgendwelche produktiven Anlagen, sondern lediglich zur Finanzierung des englischen Handels dienen und demgemäß von Finnland aus den ihm hieraus erwachsenden Vorteilen abgetragen werden soll. Das Geschäft soll anscheinend derart sich abwickeln, daß die Anleihe zum Ankauf von Maschinen und Werkzeugen für Forst- und Landwirtschaft, von Baumwoll- und Wollgarn und Tuch usw. in England verwendet wird, daß alsdann diese Waren in Finnland verkauft werden und der Erlös wieder zum Ankauf von Holz und anderen Rohstoffen in Finnland dient, die dann dem englischen Markt zugeführt werden.

Über eine Anleihe der Zellstoffvereinigung in England berichteten wir bereits in Nr. 38 S. 716 Es ist ferner eine anglofinnische Bank mit 1 Mill. £ Kapital gegründet worden. Ein Teil des Aktienkapitals wird von den drei großen finnischen Banken: Föreningsbanken, Nordiska Aktiebanken und Kansallispankki übernommen. Schon im Juni dieses Jahres wurde eine große Handelsgesellschaft unter dem Namen Finsk-Engelska Import, Export A. B. mit 1 Mill. FM Kapital zu Helsingfors gebildet. Der Zweck der Gesellschaft ist auf Einfuhr aus England und Ausfuhr finnischer Landesprodukte gerichtet.

Daß die englische Regierung das ernstliche Bestreben hat, in Finnland eine Wiederherstellung einer normalen Wirtschaft und den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern, geht auch daraus hervor, daß die vom Board of Trade über die Bereitstellung von Krediten für „gewisse desorganisierte Teile Europas" getroffenen Bestimmungen auch auf Finnland Anwendung finden. Ob bei den gegenwärtigen Wechselkursen, der geringen Zahlungskraft der Finnländer und der verhältnismäßig schwachen Kapitalkraft der finnischen Banken eine praktisch bedeutsame Ausnutzung des gebotenen 26 Mill. £-Kredits möglich ist, erscheint wegen der vom Board of Trade geforderten Sicherungen (Depositum bei einer finnischen Bank, das nach dem geltenden Börsenkurse den £-Betrag um 15% übersteigen soll), noch zweifelhaft. Nicht zweifelhaft ist aber der Zweck des Regierungskredits, von dem man ganz offen spricht, nämlich die Stärkung und Sicherung des politischen Einflusses Englands in Finnland (vgl. Nr. 37 S. 698).

Jedenfalls ist in allen vorgeschilderten Maßnahmen die Planmäßigkeit unverkennbar, mit der England die Früchte seines Sieges in eine dauernde Verdrängung Deutschlands vom finnischen Markt auszuwerten sucht.

H. G.

Algier

Schiffahrtsschwierigkeiten und Schiffsverkehr — Bahnpläne — Landwirtschaftslage — Bergbauergebnisse — Betriebsstatistik der Industrie — Aufleben des Handels und englisch-amerikanische Aktivität

Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Tagesfragen stehen die während des Krieges immer lastender empfundenen Transportschwierigkeiten. Zu dem durch ungenügenden Neubau verursachten Schaden tritt für die französische Handelsflotte noch der Verlust infolge der Einwirkungen des Unterseeboot-Krieges. Die gesamte Tonnage Frankreichs betrug 1914 ca. 2 440 000 t, der 1919 nur mehr 1 800 000 t gegenüber stehen, was einem Verlust von mehr als 25 % gleichkommt. Für die kolonialen Schiffahrts-Linien stellt sich das Verhältnis noch ungünstiger dar:

1914 bei 124 Einheiten ..... 513 000 t
1919 „ 59 „ ..... 252 000 t

Also ein Verlust von 50 % an Schiffszahl und Tonnengehalt. Zu den bei diesem hohen Prozentsatz begreiflichen Einschränkungen trat als Alarmsignal im April die Nachricht von der Aufkündigung der Schiffahrtsverträge durch die Gesellschaften. Dem energischen Betreiben der landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmerkreise gelang es von der Regierung die Versicherung zu erreichen, daß diese nicht nur den bisherigen Dienst übernehmen, sondern darüber hinaus durch Einstellung von Schiffen aus der deutschen Tonnage, durch Vorbeileiten der unter Ballast gehenden Levante-Schiffe und durch Beibehaltung der Flaggenfreiheit für eine Aufbesserung der kritischen Zustände sorgen werde. Wann jedoch diese Zusagen tatsächliche Hilfe bringen werden, hängt zum mindesten von der Inanspruchnahme der Tonnage durch die militärische Abrüstung ab. Weitere Bemühungen zielen auf eine Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse durch Hinzuziehen amerikanischer Gesellschaften ab, man plant die Errichtung einer Linie New York—Algier. Auch hier aber muß man abwarten, ob die in der ganzen Welt ebenso brennend gewordenen Schiffsraumfragen eine vorzugsweise Berücksichtigung der algerischen Wünsche gestatten werden.

Trotz dieser Unzulänglichkeiten hat sich natürlich ebenso wie alle anderen Wirtschaftszweige auch das Verkehrswesen gegenüber dem Tiefstand während des Krieges gehoben. Der Schiffsverkehr in den algerischen Häfen erreichte im ersten Halbjahr folgende Zahlen:

	Einfahrt		Ausfahrt	
	1918	1919	1918	1919
Schiffe.....	659	1120	764	1088
Ladung (1000 t)..	341	723	942	1266

In der Hoffnung auf eine weitersteigende Zunahme des Schiffsverkehrs wurde eine Erweiterung des Hafens von Algier beschlossen, die bei einem Gesamtkostenaufwand von 162,5 Mill. fr zwei neue Bassins von 126 ha und einen Vorhafen von 115 ha vorsieht. Ähnlich plant man auch eine Erweiterung des Hafens von Oran, der den von Algier allmählich als Ausfuhrhafen zu überflügeln scheint.

Hand in Hand mit den Schwierigkeiten des Seeverkehrs gehen die Unzulänglichkeiten des Eisenbahnnetzes. Bereits 1914 waren gründliche Aufbesserungen, insbesondere der mangelhaften Verbindungen zwischen den drei Zentren geplant worden, durch Ausbruch des Krieges aber nicht zur Ausführung gelangt. Diese Projekte will man nun als erstes wieder aufnehmen, da das Wirtschaftsleben unter diesen, infolge der im Kriege unterbliebenen, notwendigen Erneuerungen, verschärften Mißständen aufs schwerste leidet. Auch hier aber wird das lebhafte Tempo der Wünsche stark gemäßigt durch Möglichkeiten der Verwirklichung. Es ist zwar vom Mutterland die Lieferung einigen Materials in Aussicht gestellt, wann es jedoch eintrifft, hängt wieder von der bereits bekannten Schiffsraumfrage ab. Und dann ist die zu erwartende Menge kaum hinreichend für die notwendigen Ergänzungen, so daß die Neugründungen von der Beihilfe amerikanischer Unternehmungen erwartet werden. Eine im Lande tätig gewesene amerikanische Studienkommission hat gerade diese Notwendigkeiten betont.

Neu ist die Eröffnung der Linie Sidi bel Abbès—Mercier-Lacombe. Ein besonders zeitgemäßes Projekt ist eine Luft-Post und -Polizei, die auf der Basis Ain Salah (halbwegs Algier—Timbuktu) eine Verbindung mit französisch West- und Zentral-Afrika herstellen soll.

An dem Kabel Marseille—Oran wird seit kurzem gearbeitet, das Kabel Marseille—Algier kommt demnächst in Ausbesserung.

*

Die vorgeschilderten Transportschwierigkeiten üben auf den ausgedehntesten Teil algerischer Produktion, die Landwirtschaft, einen besonders empfindlichen Druck aus. Namentlich im Westen und Süden haben sich für die Kolonisten bedrohliche Zustände entwickelt. Die Bahnen sind bei weitem nicht in der Lage, die fast durchgehends günstige Ernte des letzten Jahres zu befördern. Karren und Kameele sind in ungenügender Zahl und nur zu unverhältnismäßigen Preisen erhältlich, so daß große Massen Lebensmittel dem Verderben ausgesetzt sind. Die Wegeverhältnisse sind in einem Zustande, der diese Lage noch empfindlich verschärft. Im letzten Jahre war die Getreideernte gut, die Kartoffelernte verspricht über den eigenen Bedarf eine gute Ausfuhr. Da die Weinernte 1918 durch Reblausschaden erheblich gelitten hatte, sind bei Einfuhren von Samenpflanzen Sicherheitsmaßregeln erlassen. Für die algerischen Weine sind folgende amtliche Höchstpreise festgesetzt:

Rotwein	ab Qai Algier	1a von 10½—12½°	bis 77 fr das hl
„	„ „ „	2a „ 10 —12 °	„ 67 „ „ „
„	„ „ „	3a auf den Grad	5,50 „
Weißwein ..	„ „ „	von 10½—12½°	„ 65 „
Weinspiritus	„ „ „	„ 100°	„ 600 „

Die Frachtsätze von einem algerischen nach einem französischen Hafen sind festgesetzt auf 200 fr die Tonne Wein, 250 fr die Tonne Weinspiritus. Der einheimische Weinverbrauch wird auf 1/3 der Ernte geschätzt und auf einen Höchstpreis von 60 fr pro hl begrenzt.

Das Spekulationsfieber hat auch nach Algier übergegriffen, z. B. suchten Spekulanten ganze Palmenwälder aufzukaufen zu Preisen, die die ortsüblichen um 30 % überstiegen. Ähnlich versuchten die Weinbauern größere Kaufgesuche der Regierung durch Preistreiben auszunutzen, was aber zur Folge hatte, daß die Abschlüsse und Ausfuhren großer Weinlieferungen unterblieben.

Trotz der behördlichen Schwierigkeiten, die dem Erzschürfen in Algier entgegenstehen, waren im letzten Jahre 25 Schürfungsgerechtsame in Oran, 14 in Algier und 128 in Constantine verliehen. In Rouina kamen neue bedeutende Lager zur Entdeckung. In Zaccar fand man die Verlängerung nach der Tiefe des übergelagerten Flözes. Die neue Gesellschaft von Lucette hat mit einem Antimon-Oxyd-Hydrat bemerkenswerten Erfolg gehabt. Von den 108 Bergbaukonzessionen des Landes finden sich

in Oran	im Betriebe	5,	nicht im Betriebe	6,
„ Algier	„	„	11,	„	„	12.
„ Constantine	„	„	44,	„	„	28.

Die Grubenabgaben betrugen 1918 insgesamt 410 000 fr; alles in allem betrug die Förderung im Jahre 1917: 1 026 687 t, 1918 dagegen noch nicht 950 000 t. Im Monatsdurchschnitt wurden 1918 gefördert (in t):

Eisenerz 74 000, Eisenkies 1024, Bleierz 960, Zink 1550, Antimon 500.

Die Lagerbestände an Erzen waren infolge des Schiffsraummangels am 1. November 1918 sehr groß und betrugen (in t):

Eisenerz 620 000, Eisenkies 4061, Bleierz 1329, Zinkerz 14 605, Antimon 6323.

Die hohen Kohlenpreise haben jetzt einige kleine Braunkohlenlager in Angriff nehmen lassen, die eine monatliche Förderung von 630 t zu verzeichnen haben. Auch die Bohrungen nach Erdöl haben kleine Erfolge gezeitigt (z. B. 75 t monatlich bei Tillouanet).

Im einzelnen verteilen sich die Vorkommen wie folgt: Phosphate, Silbererze, Antimonerze, Zinkerze und Salz in der Provinz Constantine, Petroleum in Ai Geft (eine Raffinerie bei St. Aimé), Eisenerze in Bona, Marmorbrüche in Philippeville.

Neu ist eine Verfügung, wanach das Schürfrecht nur an solche Gesellschaften verliehen werden darf, deren Hauptsitz in der Kolonie ist.

Interessante Angaben über den Stand der Industrie vermittelt eine kürzlich vorgenommene Betriebszählung. Von den chemischen einheimischen Industrien, die nur 21 Betriebe mit 1492 Angestellten zählen, also zu den Kleinbetrieben rechnen, steht an der ersten Stelle die Streichholzfabrikation, während des Krieges hat aber auch die Superphosphatherstellung größere Bedeutung gewonnen. Die Textilindustrie zeigt mit ihren 12 852 Angestellten eine größere Bedeutung. Für die einzelnen Industrien wurde ausgewiesen:

	Zahl der Betriebe	Erzeugung
Leinwandproduktion ..	30	500 000 dz
Baumwoll-Industrie ..	2	500 000 m täglich
Teppich- „ ..	3	3 - 4000 Teppiche jährl.
Tabak	66	1 200 000 kg

Zur Belebung der Industrie wird die „Banque d'algerie" eine Industriebank gründen. Es fehlt hier besonders an Betriebskohle, die nur unzureichend durch Erdöl ersetzt werden kann.

*

Im Handel fällt vor allem die Verschiebung der Handelsbilanz nach der aktiven Seite in den letzten zwei Jahren ins Auge. Bereits vor dem Kriege hatte das Land hierzu die besten Hoffnungen gegeben, die aber durch das Ergebnis der beiden ersten Kriegsjahre zerstört zu sein schienen. Das Passivum, das 1916: 60 991 000 fr betrug, wurde dann 1917 zu einem Aktivum von 158 064 000 fr, das allerdings 1918 wieder auf 94 997 000 fr zurückging. Im ersten Vierteljahr 1919 zeigt sich indes wieder eine kräftige Belebung, besonders des Ausfuhrhandels, der erzwungener Weise während des Krieges seine Waren hatte aufstapeln müssen.

	Einfuhr in 1000 fr			Ausfuhr in 1000 fr		
Erstes Vierteljahr:	1919	1918	1917	1919	1918	1917
Tierische Produkte	8522	8063	8568	13077	16431	14461
Pflanzliche „	24 531	28706	35409	262456	140841	166125
Mineralische „	17933	16288	16681	9229	13168	12874
Industrielle „	111426	94894	88187	15396	11375	12574
Gesamtsumme ..	162412	147951	148905	300158	181815	206039

Aus diesen Zahlen ist die starke Zunahme des gesamten Handels gegen die beiden letzten Kriegsjahre ersichtlich, besonders aber die Zunahme der Ausfuhr gegen 1918 um gut 30 % und des Ausfuhrüberschusses, der fast die Höhe der Einfuhr erreicht und selbst das günstige Jahr 1917 mit übertrifft.

Um die Eroberung des algerischen Geschäfts bemühen sich die englischen und amerikanischen Geldleute in einer Weise, die dem französischen Unternehmer zu lebhaften Klagen Anlaß gibt.

Das Ausscheiden des deutschen Wettbewerbes, der früher ein absolut gewichtiger Faktor war, wird heute von anglo-amerikanischen Unternehmerkreisen immer wieder als beachtenswerte Chance betont. Landwirtschaftliche Maschinen, Pumpen aller Art (auch Windmühlenpumpen), Grubengeräte, Verpackungsdraht fehlen bei der anderweitigen Inanspruchnahme der französischen Industrie. Besonders die alten deutschen Importartikel: Glas- und Messerschmiedewaren sind stark nachgefragt, ebenso Gebinde für den Weinexport. Die amerikanische Konkurrenz scheint die englische dadurch überholen zu wollen, daß sie ihre Handelspropaganda in französischer Sprache betreibt.

Gr.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Mark und Krone, aber auch Frank und englisches Pfund bröckelten weiter ab. Der Dollar stieg beträchtlich auf allen Plätzen.

Kurs der Reichsmark

	13. 10.	14. 10.	15. 10.	16. 10.	17. 10.	18. 10.	gegen Münzpari am 18. bzw. 17. 10.
Zürich	21,—	21,—	20,60	20,60	20,—	20,—	— 83,80
Amsterdam .	9,75	9,62	9,50	9,30	9,40	9,30	— 84,31
Stockholm..	15,75	15,75	15,25	15,—	15,—	15,—	— 83,12
Kopenhagen	17,50	17,40	17,10	16,85	16,65	16,90	— 80,99
Wien.....	365,—	380,—	400,—	404,—	404,—	—,—	+ 275,30

Kurs der deutsch-österreich. Krone

	13. 10.	14. 10.	15. 10.	16. 10.	17. 10.	18. 10.	gegen Münzpari am 18. bzw. 17. 10.
Zürich	5,75	5,—	5,—	5,—	5,25	5,—	— 95,36
Amsterdam	2,80	2,50	2,50	2,30	2,30	2,37½	— 93,32

Kurs des französischen Franken

	13. 10.	14. 10.	15. 10.	16. 10.	17. 10.	18. 10.	gegen Münzpari am 18. bzw. 17. 10
Zürich	66,35	64,75	64,90	64,30	64,50	65,50	— 34,50
Amsterdam .	30,77	30,30	30,15	30,25	30,40	30,58	— 36,46
Stockholm..	48,—	47.75	47,50	47,30	47,75	48,50	— 32,64
Kopenhagen	54,25	53,75	53,50	53,50	54,—	54,50	— 24,31

Kurs des Pfund Sterling

	13. 10.	14. 10.	15. 10.	16. 10.	17. 10.	18. 10.	gegen Münzpari am 18. bzw. 17. 10.
Zürich	23,40	21,45	23,45	28,48	23,48	23,52	— 7,09
Amsterdam .	11,08	11,05	11,04	11,—	10,96	10,65	— 12.05
Stockholm..	17,13	17,17	17,24	17,20	17,20	17,20	— 5,28
Kopenhagen	19,32	19,36	19,38	19,39	19,38	19,40	+ 6,83

Kurs des Dollar

	13. 10.	14. 10.	15. 10.	16. 10.	17. 10.	18. 10.	gegen Münzpari am 18. bzw. 17. 10.
Zürich	558,—	559,—	559,50	560,—	562,—	563,—	+ 8,49
Amsterdam	263,50	263,25	263,75	263,50	263,75	—,—	+ 6,02
Stockholm	409,—	410,—	412,—	411,—	411,—	414,—	+ 11,—
Kopenhagen	460,50	460,—	461,—	462,—	463,—	465,—	+ 24,66

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	6. 10.	15. 10.
Alexandrien	97 3/8 pari	97 3/8 pari
Bombay/Kalkutta	2 s 0 5/8 d—2 s 0 7/8 d	2 s 0 1/4 d—2 s 0 1/2 d
Hongkong	4 s 2 1/4 d	4 s 2 3/4 d
Shanghai	6 s 4 d	6 s 3 1/2 d
Singapore	2 s 4 5/32 d—2 s 4 3/8 d	2 s 4 5/32 d—2 s 4 3/8 d
Yokohama	2 s 5 d—2 s 5 1/4 d	2 s 5 d—2 s 5 1/4 d
Montevideo T.T.	57 d—57 1/2 d	59 d—59 1/2 d
Rio de Janeiro	14 3/4 d	14 13/16 d
Buenos Aires T.T.	54 1/2 d—55 d	55 d—55 1/4 d
Valparaiso 90 T.	11 17/32 d	11 1/2 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Die amtliche Festsetzung des Silberpreises in Deutschland ist aufgehoben worden. Dies hätte eigentlich schon am 1. September, dem Tage des Ablaufs der Kontingentierung des Silbers, erfolgen sollen; die Notierung mußte aber noch einige Zeit fortgesetzt werden, da noch Kontingentscheine in Umlauf waren. („Frankfurter Zeitung", Nr. 783 v. 19. 10.)

Das Aufgeld für die Zahlung der Zölle in Gold für die Woche vom 12. bis 18. Oktober einschließlich ist auf 450% (in der Vorwoche 425) festgesetzt worden. Nach erstmaligem Rückgang hat es wiederum hinaufgesetzt werden müssen und ist nur 25 Punkte von dem Höchststand entfernt, den es vom 21. September bis 4. Oktober gehabt hat. Die Festsetzungen erfolgen seit dem 1. August d. J. und betrugen bisher: 1.—9. 8. 240 v. H., 10.—16. 8. 275 v. H., 17.—23. 8. 280 v. H., 24.—30. 8. 315 v. H., 31. 8 bis 13. 9. 365 v. H., 14.—20. 9. 385 v. H., 21. 9. bis 4. 10. 475 v. H., 5.—11. 10. 425 v. H., 12.—18 10. 450 v. H. („Frankfurter Zeitung", Nr. 768 v. 14. 10.)

Eine Verfügung des polnischen Finanzministers verbietet Kauf und Verkauf von polnischem Markgeld, das von der polnischen Landesdarlehenskasse bis zum 11. 11. 1918 für Rechnung des polnischen Staates ausgegeben wurde sowie sämtliche Transaktionen, welche Wertunterschiede zwischen den einzelnen Kategorien der polnischen Mark hervorzurufen geeignet sind. Die Verfügung ist am 23. 9. in Kraft getreten. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft", Nr. 93 v. 16. 10.)

Die Kurse der Warschauer Devisenzentrale lauteten Anfang Oktober (nach dem „Czas" vom 2. 10.) wie folgt: £ = 150, $ = 35,50, französischer Frank = 4,20, schweizerischer Frank = 6,30, belgischer Frank = 4,20, Lire = 3,70, finnische Mark = 1,65, rumänisches Lei = 1,55, bulgarisches Lei = 0,80, holländischer Gulden = 13, schwedische Krone = 8,50, norwegische Krone = 8, dänische Krone = 7,45, deutsche Mark = 1.40, österreichische Krone = 52,50, tschechische Krone = 90, Verrechnungskurs für Kronen = 52 polnische Mark. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft", Nr. 94 v. 17. 10.)

In Rom sind 18 000 kg reines Nickel aus Amerika zur Prägung neuer Nickelmünzen von 50 c eingetroffen. („Nachrichten für Handel, Industrie u. Landwirtschaft" Nr. 94 v. 17. 10.)

Für einen Lire werden gegenwärtig im Denikin-Gebiet 10 Rbl bezahlt. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft" Nr. 93 v. 16. 10.)

Der Staatssekretär für Indien gibt bekannt, daß der Kaufpreis für unter Lizenz eingeführtes Gold von 11,11 Rs annas auf 11,9 Rs annas per Sovereign herabgesetzt worden ist. Der Preis für ungemünztes Gold ist ebenfalls von einer Rupie für 9662 Körnchen Feingold auf eine Rupie für 9778 Körnchen Feingold zurückgegangen. Gold, das auf Kontrakt zwischen dem 25. und 29. September nach Indien verschifft werden sollte, während die höheren Rupienpreise noch in Kraft waren, wird in Indien zu den Preisen angenommen, die zurzeit des Kontraktabschlusses festgesetzt waren. Einfuhrhändler, die sich diese Anordnung zunutze machen wollen, werden aufgefordert, das Gold so rasch wie möglich zu verschiffen und zum vereinbarten Preise abzuliefern. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft" Nr. 94 v. 17. 10.)

Nach einem Berichte von R. Mordaunt in „Bankers Magazine" betrug die gesamte Goldgewinnung der Welt im Jahre 1918 18,1 Mill. ozs. im Werte von 76,8 Mill. £ gegen einen Wert von 88,1 Mill. £ im Jahre 1917 und 96,1 Mill. £ im Jahre 1916. Der Wert der vorjährigen Weltgoldproduktion stellt sich also den vorhergehenden Jahren gegenüber erheblich geringer und weist die niedrigste Ziffer in den letzten 13 Jahren auf. Von den obengenannten 18,1 Mill. ozs. der Welterzeugung entfielen 12 Mill. im Werte von 51 Mill. £ auf britische Besitzungen, 3,3 Mill. im Werte von 14,1 Mill. £ auf die Vereinigten Staaten und der Rest auf die übrigen goldgewinnenden Länder. Für Rußland liegen noch keine amtlichen Ergebnisse vor, es ist mit etwas über 1/2 Mill. osz. im Werte von 2,25 Mill. £ eingeschätzt worden. („Überseedienst" Nr. 61 v. 2. 10.)

Der „Matin" veröffentlicht eine Zusammenstellung der Goldreserven und des Papiergeldumlaufes in den verschiedenen Ländern auf Grund amtlicher Statistiken, die in französischen Franken umgerechnet sind (in Mill. fr):

	Goldreserve	Papiergeldumlauf
Vereinigte Staaten	4528	12 496
Frankreich	5556	34 977
England	2218	1 972
Japan	3523	4 357
Italien	809	9 308
Rußland	9000	450 232 (?)
Deutschland	1393	37 272
Spanien	2290	3 584
Holland	1362	2 122
Schweiz	468	884

Reuter bemerkt dazu: Dem Verhältnis von Goldvorrat zum Papiergeldumlauf nach steht England an der Spitze, da die Goldreserve größer ist als der Umlauf. (Dies ist eine Irreführung, da offenbar die Kassenscheine mit rund 340 Mill. £ oder 8500 Mill. fr, für die nur eine Golddeckung von 28,5 Mill. £ oder 712 1/2 Mill. fr vorhanden ist, nicht mitgezählt sind, Schriftl.) Darauf folgt Japan mit einer Golddeckung von 81 v. H. und Spanien, während Deutschland und Rußland nach den anderen Ländern kommen. Gegen 1914 hat die Goldreserve Amerikas von 1 Milliarde auf 4 1/2 Milliarden fr zugenommen, die Spaniens von 543 auf 2290, die Hollands von 338 auf 1368 und die der Schweiz von 176 1/2 auf fast 500 Mill. fr. („Wirtschaftliche Nachrichten der Auslandspresse" Nr. 253 vom 1. 9.)

Staatsanleihen

Am 30. 9. wurden die Verhandlungen betr. Abschluß der 420 Mill.-Anleihe der ungarischen Regierung, erfolgreich beendet. Der Betrag wurde bereits an die Staatskasse abgeführt, so daß die Regierung die am 1. 10 auftauchenden dringenden Bedürfnisse vollauf befriedigen konnte. Die Verzinsung beträgt 5,3%. Die Österreichisch-Ungarische Bank verpflichtete sich, die Schatzwechsel gegen Giro der Banken zu eskomptieren. („N. Fr. Pr.", 1. 10.)

Die Vereinigten Staaten haben an die Ukraine eine Anleihe von fünfzehn Mill. $ gegeben. („D. A. Z.", 10. 10.)

Laut Londoner „Times" vom 8. 10. plant die Niederländische Kreditbank im Haag die Gewährung einer 10-Mill.-Mark-Anleihe an die Stadt Bremen.

Die Budgetkommission der französischen Kammer genehmigte am 10. 10. einstimmig den Antrag Lefèvres auf Auflegung einer Prämienanleihe, über die verschiedene Pläne vorliegen, die den Umfang dieser Anleihe auf 20 bis 60 Mill. fr beziffern. („D. A. Z.", 11. 10.)

Laut italienischen Angaben betrugen die italienischen Kriegskosten bis Ende Juni 1919 etwa 60 bis 65 Milliarden Lire, zu denen noch die Vorkriegsschulden kommen, so daß sich die gesamte Schuld auf 74 bis 80 Milliarden Lire stellt. Zur teilweisen Deckung dieser Ausgaben wurden 5 Kriegsanleihen aufgelegt, die 14,737 Milliarden Lire ergaben; ferner verausgabte man für über 3 Milliarden 3- und 5-jährige Schatzscheine, für 9,24 Milliarden gewöhnliche und für 13,85 Milliarden ausländische Schatzscheine, zu denen noch 9 bis 10 Milliarden Papiergeld und Banknoten kommen. („Weltw. Ztg.", 10. 10.)

„Manchester Guardian" vom 7. 10. berichtet aus Athen, daß zwischen der griechischen Regierung und der Entente eine Anleihe von 50 Mill. $ an Griechenland geplant wird. Einen Teil dieser Schuld wird Griechenland unter gewissen Bedingungen gleich verwenden dürfen.

Die Regierung der Provinz Buenos Aires verhandelt mit nordamerikanischen Bankfirmen über eine Operation, die den jetzigen Marktiefstand vor Tilgung des im Juli 1910 von der Provinz aufgenommenen Anlehens ausnützen soll. Von dieser Anleihe stehen noch 36,87 Mill. Mark aus; ihr Dienst (4½ % Zins und 1% akkumulative Tilgung) erfordert seitens der Provinz jährlich 1,27 Mill. $. („F. Z.", 9. 10.)

Die Bank von England legt für die Regierung des Sudan eine 5½ % Anleihe auf in Höhe von 3,5 Mill. £. („Manchester Guardian", 11. 10.)

Laut Londoner Meldung hat die neue englisch-amerikanisch-französisch-japanische Bankgruppe für China ihre Organisation abgeschlossen und dies den vier Regierungen zwecks Bekanntgabe an die chinesische Regierung mitgeteilt. („Überseedienst", 7. 10)

Der Vertrag der Pekinger Regierung über 20 Mill. $ gegen Verpfändung der Peking—Hankau-Bahn ist Ende Juni vom chinesischen Geschäftsträger in Tokio unterzeichnet worden. („Überseedienst", 11. 10.)

Schiffahrt und Schiffbau

England

Schiffsverkehr und Außenhandel. Bis Ende September, also in neun Monaten, betrugen nach den Veröffentlichungen des Handelsamtes (in £):

	1919	1918
die Einfuhr	1 168 774 694	969 895 543
die Ausfuhr	639 597 060	396 958 457
der Gesamtaußenhandel	1 808 371 754	1 366 854 000

Gleichzeitig betrug der Schiffsverkehr in allen Häfen Großbritanniens in Br. R. T.

A) in der Einfahrt	1919	1918	1917
britische Schiffe	15 868 275	14 672 946	14 383 661
fremde Schiffe	5 120 368	2 602 558	3 479 500
Zusammen	20 988 643	17 275 504	17 863 161
B) in der Ausfahrt			
britische Schiffe	15 973 183	11 072 592	12 833 199
fremde Schiffe	9 028 336	5 854 915	7 122 507
Zusammen	25 001 519	16 927 507	19 955 706

Hb.

Frachten und Valuta. Der Vorsitzende der Furness Withy & Co. Ltd. führte auf der Generalversammlung der Gesellschaft u. a. aus, daß der an sich beängstigende Stand der englischen Valuta sich noch ungünstiger gestaltet haben würde, wenn er nicht durch das Vorhandensein erheblicher unsichtbarer Ausfuhrwerte in der Form von Seefrachtgeldern gestützt werde. Nach der am 31. August abgeschlossenen Statistik des Handelsamtes überstieg der Wert der Einfuhr den der Ausfuhr in den ersten 8 Monaten 1919 um fast 461 Mill. £ oder auf das Jahr berechnet um etwa 691½ Mill. £ in 12 Monaten. Diese gewaltige Unterbilanz des Außenhandels erfahre eine erhebliche Verbesserung durch die unter britischer Flagge besegelten Frachten, deren Rohertrag für das laufende Jahr auf 350—400 Mill. £ zu veranschlagen sei. Ferner gehöre zur Vollständigkeit der Außenhandels Statistik, daß man auch die während des Jahres erfolgten Verkäufe englischer Schiffe an das Ausland mit in Rechnung stelle.

Diese Hinweise sind zwar berechtigt, keinesfalls aber ist die Auswirkung des Frachtenfaktors so erheblich, wie sie nach den angeführten Zahlen scheinen könnte, denn auch früher bestand der latente Einfluß der Seefrachten auf die Valutenbildung, und er ist heute sicherlich eher im Schwinden als im Steigen begriffen, wo der Anteil der englischen Handelsflotte am Weltfrachtengeschäft unter dem Wettbewerb der gewaltig gewachsenen Schiffahrtsbetätigung anderer Länder in scharfem Rückgang ist. *Hb.*

Über die Wirkung des U-Bootkrieges auf die Schiffahrt im Jahre 1917 hat die englische Regierung nunmehr ein Blaubuch herausgegeben, dem folgende Angaben mit den Vergleichszahlen für 1915 entnommen sind:

A. Überseeverkehr. Es kamen nach englischen Häfen:	1917 Zahl	1917 Ladung	1915 Zahl	1915 Ladung
Segelschiffe	4 282	687 537	4 307	1 457 501
Dampfer	32 735	33 447 389	49 081	51 898 400
Zusammen	37 017	34 134 926	53 388	53 355 901
Es fuhren von englischen Häfen aus:				
Segelschiffe	4 770	768 980	4 269	1 483 555
Dampfer	31 323	30 642 303	47 929	49 658 755
Zusammen	36 093	31 411 283	52 198	51 142 310

An dem Überseeverkehr waren beteiligt:	1917 Zahl	1917 Ladung	1915 Zahl	1915 Ladung
England	22 335		21 481	
Schweden	782		3 302	
Norwegen	5 719		11 003	
Dänemark	4 790		13 559	
Ver. Staaten v. N.-A.	212		173	
B. Küstenverkehr. Die Ankünfte betrugen:				
Engl. Segelschiffe	24 536	1 545 890	32 772	2 214 424
Fremde „	139	46 208	593	155 960
Englische Dampfer	107 457	28 175 877	150 421	41 814 950
Fremde „	2 054	1 876 383	4 814	4 081 002
Zusammen	134 186	31 644 358	188 600	48 266 336

C. Schiffbau. Im Gegensatz zu den erheblichen Rückgängen in den Verkehrsziffern weist die Schiffbautätigkeit eine bemerkenswerte Zunahme auf, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß das Jahr 1915 in der Bautätigkeit einen Tiefstand aufweist, wie ihn England in Jahrzehnten nicht gesehen hat.

Es wurden in England und seinen Kolonien gebaut:

	1917 Zahl	1917 N. R. T.	1915 Zahl	1915 N. R. T.
a) Segelschiffe	58	6 606	149	12 522
b) Dampfer	339	745 514	373	361 924
außerdem f. ausl. Reeder	10	19 707	30	35 708

In der Bauziffer für 1915 sind 41 hölzerne Schiffe von 1530 N. R. T. enthalten. *Hb.*

Arbeitermangel bei den Werften. Auf der Generalversammlung der Palmers Werft teilte der Vorsitzende mit, daß der vorliegende Auftragsbestand für lange Zeit hinaus volle Beschäftigung für alle Anlagen sichere. Es fehle aber an Arbeitern, besonders an gelernten, und man könnte leicht auf der Werft in Hebburn die doppelte Anzahl von Arbeitern einstellen, wenn man sie bekommen könnte. Vermutlich wird die Arbeitswilligkeit durch die Gewährung der Erwerbslosen-Unterstützung beeinträchtigt. *Hb.*

Aus Geschäftsberichten englischer Schiffahrtsgesellschaften. Die Sutherland Steamship Co., Ltd. beabsichtigt die Erhöhung ihres Kapitals auf 1½ Mill. £ durch Ausgabe von 500 000 neuen Aktien von je 1 £. Es sollen 600 000 £ aus den Reserven kapitalisiert und dieser Betrag als volleingezahlt, in 1 £-Aktien eingeteilt, den Aktionären im Verhältnis von einer neuen auf jede alte 1 £-Aktie zum Bezug angeboten werden.

Die West Hartlepool Steam Navigation Co., Ltd. erzielte in dem am 31. März 1919 abgelaufenen Geschäftsjahre einen Rohgewinn von 102 427 £ (i. V. 104 548 £), woraus nach Rückstellung von 25 000 £ (i. V. —) auf das Stammkapital von 210 000 £ 15% (i. V. 10%), und auf das Vorzugskapital von 200 000 £ 5½ % (wie i. V.) Dividende verteilt werden. *Hb.*

Frankreich

Schiffbau. Nach einer von „Le Lloyd Français" aufgestellten Berechnung waren bei den französischen Werften am 31. Juli 1919 insgesamt 458 Schiffe mit 511 181 Br. R. T. in Auftrag gegeben, darunter 9 Passagierdampfer, 84 Frachtdampfer, 115 Schlepper, 16 Segler und 234 Fischerfahrzeuge usw. Nur bei einem geringen Teil dieser Bestellungen hatte die Bauarbeit begonnen. Nach Lloyds Ausweisen waren Ende Juli

auf französischen Werften 36 Dampfer (über 100 Br. R. T.) von zusammen 109 135 Br. R. T. und 2 Segler von 480 Br. R. T. in Bau. *A. K.*

Australien

Das australische Schiffahrtsgesetz, dessen Verkündung bevorsteht, bestimmt in seinem VI. Abschnitt, daß die australische Küstenfahrt den australischen Schiffen vorbehalten bleibt, es sei denn, daß ein fremdes zwischen australischen Häfen fahrendes Schiff hinsichtlich seiner Einrichtung und Mannschaftsentlohnung den australischen Gesetzen entspricht und für diese Fahrten eine Lizenz besitzt. Unter Küstenfahrt ist zu verstehen: die Beförderung von Fahrgästen und/oder Ladung von einem australischen Hafen nach einem anderen in Australien oder im Hoheitsbereich des Commonwealth belegenen Hafen.

Diese Bestimmung ist in Australien selbst auf den Widerspruch weiter Kreise gestoßen und hat zu Protestresolutionen geführt, in denen unter Hinweis darauf, daß englische Schiffe ohnehin dem Frachtverkehr in der australischen Küstenschiffahrt ferngeblieben sind, gefordert wird, daß die altbewährten und beliebten zwischenstaatlichen Passagegelegenheiten, welche die englischen Linien bieten, von der Bestimmung unberührt bleiben, umsomehr, als diese stets höhere Fahrpreise als die australischen Schiffe gefordert und erhalten haben. *Hb.*

Die staatlichen Schiffahrtslinien werden von der Commonwealth-Regierung nunmehr wie folgt angezeigt:

1. Von Middlesbrough, Hull und London nach Fremantle, Adelaide, Melbourne, Sydney und Brisbane Anfang Dezember; nach Adelaide, Melbourne, Hobart und Sydney Ende Dezember;
2. Von Glasgow, Liverpool, Newport und/oder Avonmouth nach Adelaide, Melbourne, Hobart und Sydney Mitte Dezember. nach Fremantle, Adelaide, Melbourne, Sydney und Brisbane zweite Januarwoche.

Nach Bedarf werden die Schiffe zwecks Einnahme von Exportladung vor England auch Antwerpen und/oder Rotterdam anlaufen. *Hb.*

Vereinigte Staaten

Die Zahl der seegehenden amerikanischen Schiffe über 1000 Br. R. T. stellte sich nach einer neuen Veröffentlichung des Bureau of Navigation (Department of Commerce) am 31. August 1919 auf 2245 mit einem Gesamtraumgehalt von 8 100 008 Br. R. T. Darunter waren 1558 stählerne Dampfer (oder Motorschiffe) mit 6 707 820 Br. R. T., 347 hölzerne Dampfer (oder Motorschiffe) mit 840 611 Br. R. T., 95 stählerne Segler mit 180 487 Br. R. T. und 245 hölzerne Segler mit 371 099 Br. R. T. Die Entwicklung dieser für den großen Überseeverkehr in Betracht kommende amerikanische Flotte seit Kriegsanfang zeigt folgende Tabelle:

			Davon Dampfer und Motorschiffe			
			Stahl		Holz	
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br R.T.
30. Juni 1914 .	755	2 128 731	429	1 589 733	8	10 595
30. Juni 1916 . .	929	2 895 560	601	2 354 557	13	17 799
30. Juni 1917 . .	1028	3 293 459	660	2 696 368	41	58 895
30. Juni 1918 . .	1280	4 306 892	874	3 627 251	91	161 425
30. Juni 1919 . .	2058	7 300 022	1436	6 072 901	293	693 541
31. Aug. 1919 . .	2245	8 100 008	1558	6 707 820	347	840 611

Nach Größenklassen geteilt zeigte der Dampferbestand am 31. August 1919 folgende Gliederung:

Größenklasse	Stahl		Holz		Zusammen	
Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br R. T.
1000—2000	107	176 379	70	102 867	177	279 246
2000—3000	503	1 228 341	234	603 629	737	1 831 970
3000—4000	193	674 715	43	134 115	236	808 830
4000—5000	132	605 390	—	—	132	605 390
5000—6000	251	1 392 926	—	—	251	1 392 926
6000—7000 . . .	249	1 583 229	—	—	249	1 583 229
7000 u. mehr . .	123	1 046 840	—	—	123	1 046 840
Zusammen	1558	6 707 820	347	840 611	1905	7 548 431

A. K.

Fabrizierte Schiffe für Europa. Die in der vorigen Nummer des W.-D. mitgeteilte Nachricht, daß die amerikanische Staatswerft in Newark (Submarine Boat Corp.) einer italienischen Schiffahrtsgesellschaft die Einzelteile für mehrere Schiffe des von ihr gebauten 5400 Tonnentyps liefern wird, die dann in Palermo zusammengestellt werden sollen, verdient besondere Beachtung, weil dieses mit Zustimmung der amerikanischen Regierung getroffene Abkommen den ersten Versuch Amerikas darstellt, an die Stelle seiner bisherigen Ausfuhr von Schiffbaumaterial, wie Stahlplatten, Formeisen usw. die Ausfuhr eines in erheblichem Grade weiterverarbeiteten Erzeugnisses zu setzen. Die fabrikmäßige Massenproduktion von Seeschiffen derart, daß die Einzelteile eines gewissen Schiffstypes in großer Zahl von den verschiedensten Werkstätten an oft weit von einander liegenden Plätzen hergestellt werden, um dann später auf einer „Sammelwerft" zusammengenietet zu werden, ist eine schiffbautechnische Neuerung der Amerikaner, auf die man drüben besonders stolz ist. Bekanntlich hat die amerikanische Regierung unter Aufwendung großer Mittel drei staatliche Riesenwerften, die Hog Island-Werft (American International Shipbuilding Corp.) bei Philadelphia, die Newark-Werft (Submarine Boat Corp.) in New Jersey und die Bristol-Werft (Merchants Shipbuilding Corp.) am Delaware, ins Leben gerufen, die als Sammelwerften fungieren, also lediglich dem Zusammenbau der überall im Lande gefertigten Einzelteile dienen sollten. Alle drei Werften hatten manche Hindernisse zu überwinden, bevor sie ihren Vollbetrieb aufnehmen und an die Erledigung der ihnen vom Schiffahrtsamt zugewiesenen zahlreichen Aufträge gehen konnten. Es hat sich gezeigt, daß unter den Schwierigkeiten, mit denen der fabrikmäßige Massenbau zu kämpfen hat, das Transportproblem an erster Stelle steht. Nur wenn die Einzelteile der Sammelwerft in stetem Flusse zuströmen, wenn jeder Teil gerade dann, wenn man ihn braucht, auf der Werft zur Verfügung steht, ist der ungehinderte Fortgang der Bauarbeit gesichert. Das aber hat sich weder in Amerika noch in England, wo man diese Baumethode bis zu einem gewissen Grade nachgeahmt hat, und wo die Entfernungen zwischen den Werkstätten und der Sammelwerft erheblich kürzer waren, erreichen lassen; dort wie hier waren die Lieferungen unregelmäßig. Streiks in den Werkstätten, Überlastungen und Stockungen auf gewissen Verkehrsstrecken hinderten den prompten Versand wichtiger und dringend benötigter Einzelteile und legten die Werftarbeit zeitweilig lahm.

Die eingangs erwähnte Newark-Werft der Submarine Boat Corp. wird gespeist aus Werkstätten in Milwaukee, Ohio, Chicago, Pittsburg, Louisville, Buffalo, Boston, Philadelphia. Sollen diese Werkstätten nach Palermo oder nach einem anderen europäischen Schiffbauplatz liefern, so vergrößert sich die Distanz zwischen Werkstätten und Sammelwerft ungeheuer, und zur Unregelmäßigkeit des Schienenweges gesellt sich die des Seeverkehrs. Das Transportproblem gestaltet sich also hier noch schwieriger. Europäische Werften, die den fabrikmäßigen Massenbau betreiben wollen und dabei für die Lieferung der Schiffseinzelteile von amerikanischen Werkstätten abhängig sind, werden demnach voraussichtlich noch größeren Hindernissen begegnen, als die amerikanischen Staatswerften.

Man wird abzuwarten haben, ob diesem ersten Versuch Amerikas, anstatt Schiffbaumaterial Schiffseinzelteile auszuführen, weitere folgen werden. An Bemühungen von amerikanischer Seite wird es um so weniger fehlen, als das vom Schiffahrtsamt in Auftrag gegebene Bauprogramm im Laufe des nächsten Jahres erledigt sein wird und damit der Arbeiterschaft der großen Sammelwerften und der mit ihnen zusammenarbeitenden Werkstätten Beschäftigungslosigkeit droht. Die Riesenwerft von Hog Island, die zurzeit etwa 30 000 Arbeiter beschäftigt, wird nach Ablieferung der Regierungsbauten wahrscheinlich anderen Zwecken dienstbar gemacht werden. Die Newark-Werft dagegen wird vermutlich ihre bisherige Bestimmung beibehalten. Sie beschäftigt jetzt etwa 12 000 Arbeiter, und in den ihr angeschlossenen Werkstätten sind ungefähr 30 000 tätig. Die mit den fabrizierten Schiffen bisher gemachten Erfahrungen lassen es ausgeschlossen erscheinen, daß künftig mit heimischen Aufträgen in einem Umfange zu rechnen sein wird, der ausreicht, den gesamten Betrieb der Werft aufrecht zu erhalten. Die Werft wird also versuchen, auswärtige Interessenten für ihre „Fabrikate" zu gewinnen. *A. K.*

Mehr als 4 Mill. Br. R. T. in 12 Monaten gebaut. In den 12 Monaten vom 1. September 1918 bis zum 31. August 1919 haben die amerikanischen Werften nach den Anschreibungen des Bureau of Navigation fertiggestellt:

728	stählerne Seeschiffe	mit 3 117 735	Br. R. T.
462	hölzerne „	„ 948 206	„
1190	Seeschiffe	mit 4 065 941	Br. R. T.

Dazu kommen noch Binnenschiffe, Leichter usw. von 121 729 Br. R. T., so daß die gesamten in dem zwölfmonatlichen Zeitraum fertiggestellten Räumte sich auf 4187670 Br.R.T. belaufen. *A. K.*

Schiffahrtspolitisches Programm der Merchant Marine Association. Die im März dieses Jahres in Washington gegründete National Merchant Marine Association veröffentlicht eine programmatische Auslassung ihres Exekutivausschusses, die zur Frage der künftigen amerikanischen Schiffahrtspolitik Stellung nimmt. Sie geht von der Ansicht aus, daß es für den Erfolg der amerikanischen Handelsflotte unerläßlich ist, alle Schiffe in das Eigentum und unter die Leitung von amerikanischen Gesellschaften, Korporationen, Firmen oder Einzelpersonen zu stellen. Die Association empfiehlt deshalb, so viele stählerne Regierungsschiffe von geeignetem Typ, als das Schiffahrtsamt nicht unmittelbar für die Einrichtung neuer Verkehrslinien braucht, an Gesellschaften, Korporationen, Firmen oder Einzelpersonen zu verkaufen, damit sie von ihnen unter amerikanischer Flagge in Dienst gestellt werden. Die Verkaufspreise und -bedingungen sollen auf den gegenwärtigen Weltmarktspreis und die Wettbewerbsverhältnisse Rücksicht nehmen. Schiffe anderen Typs sollten so schnell wie möglich an jeden beliebigen Käufer und jede beliebige Flagge abgegeben werden. Bis über die Regierungsschiffe durch Verkauf verfügt wird, sollten sie, wenn angängig, zu günstigen Bedingungen an amerikanische Einzelpersonen, Firmen oder Gesellschaften verchartert werden mit der Zubilligung, daß der Charterer sie innerhalb eines gewissen Zeitraums käuflich erwerben kann.

Solange die Regierungsschiffe noch nicht verkauft oder verchartert sind, mag das Schiffahrtsamt ihre Leitung behalten, es soll sich jedoch dabei amerikanischer Gesellschaften oder amerikanischer Einzelpersonen als ausführender Organe bedienen und sich darauf beschränken, deren Betrieb und Leitung zu überwachen. Diese der Regierung gehörigen Schiffe sollen mit den im Privatbesitz befindlichen Schiffen nicht auf Strecken konkurrieren, wo die privaten Schiffe bereits imstande sind, allen Anforderungen des Verkehrs gerecht zu werden. Regierungsschiffe sollten also vorzugsweise zur Anknüpfung neuer Verkehrsbeziehungen, Einrichtung neuer Linien usw. verwandt werden. Solche Linien sollten von den verschiedenen Häfen des Landes ausgehen, damit verlustreiche Stockungen des Güterverkehrs vermieden werden. Bei der Einrichtung neuer Verbindungen müßte die Regierung einen gerechten Ausgleich mit anderen Schiffahrtsnationen anstreben, wie überhaupt versucht werden sollte, zu internationalen Abmachungen über Linien und Frachtsätze zu gelangen. Um das Interesse des Privatpublikums an der Gründung und Entwicklung von Reedereigesellschaften anzuregen, wäre nötig, daß alle Reedereien unter eine „Federal Charter" gestellt würden, durch die eine Ueberwachung der finanziellen Verhältnisse, der Emissionen, der Schuldverschreibungen usw. dieser Unternehmungen gewährleistet würde. *A. K.*

Die zehn wichtigsten Häfen der Vereinigten Staaten. Die jüngst erschienene diesjährige Ausgabe des „Port of New York Annual" bringt eine Tabelle der in den verschiedenen amerikanischen Häfen und ihren Zollbezirken während des letzten Fiskaljahres (endend am 30. Juni) angeschriebenen Ein- und Ausfuhrwerte. Danach ergibt sich für die zehn größten amerikanischen Häfen diese Reihenfolge:

Hafen	(Zollbezirk)	Einfuhr	Ausfuhr in 1000 $	Zusammen
New York	(New York)	1 433 504	3 204 992	4 638 497
New Orleans	(New Orleans)	134 673	490 718	625 391
Philadelphia	(Philadelphia)	135 771	488 812	624 583
Seatle	(Washington)	256 107	332 544	588 652
Boston	(Massachusetts)	245 630	265 741	511 371
SanFrancisco	(San Francisco)	212 558	233 224	445 782
Detroit	(Michigan)	63 646	364 463	428 110
Baltimore	(Maryland)	37 105	314 301	351 406
Galveston	(Galveston)	16 287	311 093	327 386
Buffalo	(Buffalo)	100 082	201 503	301 586

In allen Häfen überwog die Ausfuhr, verhältnismäßig gering in Boston und San Francisco, am stärksten in Galveston, Baltimore und Detroit, die fast nur Ausfuhrhäfen sind. New York steht allen Häfen weit voran, 44 % der Gesamteinfuhr und 46 % der Gesamtausfuhr (nach dem Werte gemessen) der Vereinigten Staaten nehmen ihren Weg über diesen Hafen. *A. K.*

Amerikanische Postsubventionen. Das Committee on the Merchant Marine and Fisheries des Repräsentantenhauses wird sich demnächst, einer Ankündigung seines Vorsitzenden zufolge, mit der Frage der Postsubventionen beschäftigen. Die Übernahme der früheren deutschen Passagier- und Postdampfer hat der Regierung Veranlassung zu einer Neuordnung der überseeischen Postbeförderung gegeben. Verhandlungen über die Ausdehnung des Postdienstes nach verschiedenen Ländern sind begonnen und eine Anzahl Übereinkommen sind bereits getroffen. Die fünf gegenwärtig in Kraft befindlichen Postkontrakte gehen auf das Gesetz von 1891 zurück. Wahrscheinlich wird man verlangen, daß das Committee einer Erhöhung der bisher an die Schiffahrtsgesellschaften gezahlten Postsubventionen zustimmt. Im Anschluß an die Postsubventionen wird das Committee sich mit der Frage sonstiger Subsidien für die Schiffahrt beschäftigen. Obwohl bei der gegenwärtigen Höhe der Frachtraten eine Gewährung von Subsidien ausgeschlossen erscheint, sind doch einige Mitglieder des Committees der Ansicht, daß diese Hilfe bald nötig sein wird, wenn nicht das Wachsen der Betriebsunkosten zum Stillstand kommt. *A. K.*

China

Werftarbeiterlöhne in Hongkong. Hongkong ist während des Krieges ein wichtiger Schiffbauplatz geworden; es besitzt jetzt u. a. zwei große Werften, die Schiffe bis zu 10 000 t dw bauen können und für alle Reparaturarbeiten an Ozeanschiffen eingerichtet sind. Einem Bericht des amerikanischen Generalkonsuls über die dortigen Löhne läßt sich entnehmen, daß, obgleich die Kosten der Lebenshaltung der chinesischen Arbeiterbevölkerung während des Krieges sich um ungefähr 75 % erhöht haben, die Arbeitslöhne im Durchschnitt kaum um 20 % gestiegen sind. Noch erheblich geringer sind die Veränderungen der Lohnsätze in der Werftindustrie. Nach den Lohnlisten einer dortigen Werft wurden vor dem Krieg und jetzt folgende durchschnittlichen Tagelöhne gezahlt:

	1914 $	1919 $		1914 $	1919 $
Fitters	0,87	0,89	Dressers	0,48	0,49
Turners	0,96	0,95	Coppersmiths	0,66	0,69
Boiler makers	0,80	0,78	Electricians	0,70	0,64
Moulders	0,64	0,65	Patern makers	0,90	0,94

Die Sätze sind nach Hongkong-Währung berechnet, deren Wert von 45 cents Gold im Jahre 1914 auf 80 cents Gold im Jahre 1919 gestiegen ist. Bei diesem Lohnniveau dürfte Hongkong künftig, wenn die Verhältnisse wieder normal werden und der Wert des Silbers fallen wird, sich als starker Wettbewerber im Schiffbau erweisen. *A. K.*

Rohstoffe und Warenmärkte

Holz

Über den Markt in ausländischen Hölzern schreibt uns Herr Ernst Wiehe, Bremen:

„Mit großem Interesse verfolgen die am Einfuhrhandel mit überseeischen Nutzhölzern beteiligten Kreise das allmähliche Wiederaufleben des Geschäfts. Die bei der Wiederanknüpfung mit Firmen feindlicher Länder gemachten Erfahrungen sollen durchweg befriedigend sein, wenn es auch nicht an einzelnen unerfreulichen Erwiderungen gefehlt haben mag. Wenn die Verhältnisse im Augenblick auch noch keine Zufuhren erlauben, so werden doch zunächst die Vorbereitungen getroffen. Es liegen bereits mancherlei Angebote aus den Ursprungs- und Vermittlungsländern vor, aber der Stand unserer Valuta verhindert vorläufig fast jeden Abschluß, abgesehen von der Erlangung der notwendigen Einfuhrerlaubnis. So bleiben uns zunächst die verschiedenen Partien überseeischer Hölzer, wie Mahagoni, Okume, Eben-, Pockholz, Cedern usw. aus Nothafenladungen. Die hierfür geforderten Preise sind naturgemäß sehr hoch, trotzdem ist

allerlei verkauft worden. Es bleiben uns ferner die Reste alter Läger, welche gleichfalls im Preise weiter haben steigen können, in Anbetracht der vorläufig geringen Aussichten auf regelmäßige Zufuhren. Über die Marktlage der einzelnen Holzsorten ist folgendes zu berichten: Mahagoni ist sehr stark begehrt und hat wohl auch noch am ersten Aussicht, wieder hereinzukommen. Kuba-Mahagoni wechselte wiederholt die Hände und dürfte in den letzten Wochen ungefähr 25 % im Preise gewonnen haben. Angeboten wurde eine amerikanische Westküsten-Ladung, aber die Forderung bot wenig Aussicht, zum Geschäft zu kommen. Neue direkte Kuba-Ladungen erzielten im Auslande sehr hohe Preise; auch für unsere kleinen Vorräte in Roh- und Schnittholz zeigt sich in benachbarten Ländern große Meinung. Für Okume-Blöcke werden unglaubliche Preise verlangt, trotzdem fanden Umsätze statt. Den kleinen Rest Schnittholz, der hin und wieder angeboten wird, bewertet man auf etwa 1000 ℳ je cbm. Frische Okume-Zufuhren von brauchbarer Beschaffenheit können einer guten Aufnahme sicher sein. Es ist viel Frage hierfür vorhanden, neuerdings auch seitens der wieder erwachenden Zigarrenkistenfabrikation.

Große Frage war nach amerikanischem Eichenschnittholz vorhanden, ebenso für japanische Schnittware, aber das Angebot war recht winzig und hoch im Preise, selbst für geringere Ware. Auch Blöcke würden vorkommend auf volle Bewertung rechnen können, weniger aus Vorliebe für diese ausländischen Herkünfte, als aus Rücksicht auf die gewaltige Preissteigerung in deutscher Eiche. — Für amerikanische Eschen zeigte sich weniger Interesse, etwas mehr jedoch für Hickory. — Zufuhren amerikanischer Pappelblöcke und von Schnittholz besserer Qualität und in gangbaren Abmessungen können auf volle Preise rechnen, zumal deutsche Pappel beträchtlich angezogen hat. Auch Nußbaum amerikanischer Herkunft würde interessieren, aber zurzeit sind die Forderungen hierfür außer Betracht. — Teakholz erstklassiger ostindischer und javanischer Herkunft in gangbaren Balken und Planken wurde bei geringer Nachfrage hoch im Preise gehalten, so daß an ein nennenswertes Geschäft nicht zu denken war. — Immer noch befinden sich kleine Posten Pitch Pine im Markte; auch hierfür setzte letzthin ein Anziehen der Forderungen ein. Mit neuen Zufuhren dieser und ähnlicher Holzarten ist wohl sobald nicht zu rechnen. — Pockholz, für gewisse Zwecke unentbehrlich und unersetzbar, wurde aus neuen Zufuhren angeboten und umgesetzt. — Ebenholz und Buchsbaum wurden gleichfalls zugeführt und hoch bezahlt. — Cocobola und Grenadill waren begehrt.

Schwedens und Finnlands Märkte haben auch während der letzten Wochen die deutschen Käufer besonders interessiert, wenn auch an Abschlüsse nicht zu denken war. Schweden hat wohl annähernd 700 000 St. untergebracht, gegen 500 000 in 1917 und ungefähr 600 000 St. in 1918 um dieselbe Zeit. Es ist nicht anzunehmen, daß aus den Verkäufen viel Holz überwintern wird. Die diesjährigen Abschlüsse dürften so ziemlich beendigt sein. Es sind bereits für die kommende Saison Verkäufe zu abermals erhöhten Preisen gemacht worden. An einen Preisrückgang denkt zurzeit wohl niemand, eher an eine weitere Steigerung. Vermutlich wird das finnische Angebot in Zukunft eine große Rolle spielen, besonders auch für Deutschland. Rußland dürfte zunächst ganz ausfallen."

Teakholzausfuhr Siams in Mill. tons:

nach	6 Monate 1919	6 Monate 1918	12 Monate 1918	12 Monate 1917
Europa einschl. Port Said for order	4,5	—	—	1,2
Brit. Indien u. Colombo	16,1	5,7	7,8	28,2
Hongkong, China, Japan	8,4	7,8	17,6	13,4
Übrig. Länd.	2,4	2,2	4,6	4,5
Insgesamt ...	31,4	15,7	30,0	46,1

Baumwolle

Von der Firma Knoop & Fabarius, Bremen, erhielten wir folgenden Bericht:

Die Aufregung an den Märkten hält an, man schließt mit einer erneuten wesentlichen Preiserhöhung.

Die allgemeinen Verhältnisse sind noch verworrener geworden, als sie es schon waren und zwar durch eine neue, wieder beunruhigende Entwertung unserer Mark im Auslande auf der einen Seite und fortgesetzt einlaufende geradezu alarmierende Nachrichten über die Ernte auf der anderen. Fortgesetzte starke Regen in weiten Distrikten sollen neuerdings eine wesentliche Verschlechterung der Qualität herbeigeführt, kalte Witterung vielerorts außerdem schädigend gewirkt haben und auf eine auch nur annähernd befriedigende Versorgung in den besseren Klassen sei nach Ansicht vieler nicht mehr zu rechnen. Dabei scheint im Süden ein „Bullfieber" eingesetzt zu haben, das die Gefahr in sich birgt, daß die „ons" noch weiter steigen werden.

Wie fest die Stimmung im Süden für effektive Baumwolle ist, geht besonders auch daraus hervor, daß Preise in Neworleans höher sind als in Newyork und das zu einer Zeit, in der die neue Ernte eben erst hereinzukommen begonnen hat und mit größeren Zufuhren an den Märkten gerechnet werden muß, ganz gleich, wie der Ernteertrag schließlich sein wird.

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht

erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse"

Weizen

Vereinigte Staaten. Der am 9. Oktober veröffentlichte Bericht des Ackerbaubüros reduziert nochmals die Ziffer für den Sommerweizen um 5 Mill. Bushel auf 203 Mill. Bushel (ca. 5½ Mill. tons), während die Qualität mit 74 % gegen 94,8 % im Vorjahre bewertet wird. Trotzdem wird das aus demselben hergestellte Mehl wegen seines hohen Klebergehaltes und des geringen Feuchtigkeitsgrades günstig beurteilt. Die Ernte des Sommerweizens ist zurückgeblieben, wahrscheinlich wegen Mangel an Arbeitskräften. Nach „Corn Trade News" v. 23. 9. befindet sich noch ein großer Teil der Ernte auf den Feldern und ist den Einflüssen der Witterung ausgesetzt. Nach derselben Quelle hat die Regierung den Farmern empfohlen, die Anbaufläche des Winterweizens um 15 % zu verringern, sowie nicht mehr als 2½ Mill. Acres mit Sommerweizen zu bestellen. Dadurch würde die Gesamtanbaufläche im kommenden Jahre für Weizen um rund 10 Mill. Acres auf ungefähr 62 Mill. Acres gegen 51 bis 54 Mill. Acres im letzten Friedensjahre reduziert werden. Die Bestellung der Äcker im Nordwesten ist immer noch infolge des durch die lange Trockenheit hartgewordenen Bodens unmöglich gemacht.

Wenn auch noch immer Klagen über Wagenmangel laut werden, ist der Zufluß nach den Seehäfen bedeutend größer geworden. Die sichtbaren Vorräte weisen eine beträchtliche Zunahme auf, obgleich der Export recht rege war, bei mehr zur Verfügung stehendem Schiffsraum. Eine bedeutende Abnahme zeigen nur die Verschiffungen von Mehl; besonders nach England hielten sich diese in ganz bescheidenen Grenzen. Naturgemäß sind die Mühlen in der jetzigen Zeit voll beschäftigt, zur Hauptsache für den Eigenverbrauch. Die sichtbaren Getreidevorräte werden wie nachstehend (in 1000 Busheln) angegeben:

	11. 10. 19	4. 10. 19	12. 10. 18	13. 10. 17	Unterschied gegen Vorwoche
Weizen (Ver. Staat.)	90 585	84 900	104 494	9 596	+ 5 675
„ (Kanada)..	10 061	5 483	8 836	7 125	+ 4 578
Mais (Ver. Staat.)	1 649	2 163	5 610	1 551	— 514
Hafer („)	19 501	19 612	23 914	15 385	— 111
Roggen („)	15 987	15 395	4 041	2 710	+ 592
Gerste („)	4 216	4 541	2 690	4 983	— 325

Der Weizen notierte in New York unverändert 237½ cts frei Bord, während der Mehlpreis in Minneapolis wieder auf 12.20 $ für Fancy Patent stieg.

Kanada. Die eingetroffenen Nachrichten lassen erkennen daß die geschätzte Ernteziffer von rund 200 Mill. Bushel

(5½ Mill. tons) voll erreicht, wenn nicht gar übertroffen werden wird. Die Qualität der Ernte ist im Durchschnitt durchaus befriedigend, und man hofft in England, daß die Kommission einen großen Teil der Ernte für England sichern wird, da die englischen Müller an den kanadischen Weizen besonders gewöhnt sind. Die Bestellung der Äcker für die neue Ernte wird durch die große Trockenheit verzögert.

Australien. Obwohl keine neuen Regenfälle gemeldet wurden, scheint die neue Ernte doch günstig zu stehen und die große Trockenheit während und nach der Aussaat den Pflanzen doch nicht so sehr geschadet zu haben. Da die Ernte in 4—6 Wochen beginnt, so wird man in kurzem genauere Mitteilungen über deren Ausfall erwarten können.

Indien. Infolge des während der Monsoonwinde gefallenen reichlichen Regens in allen Teilen des Landes, lauten die Nachrichten über den Saatenstand überaus günstig. Man rechnet in England bereits mit der Möglichkeit, aus diesem Lande größere Mengen zu beziehen. Diese dürften allerdings wohl kaum vor dem nächsten Februar zur Verladung gelangen, da im allgemeinen nicht vor diesem Monat zu übersehen ist, ob und welche Mengen nach ausreichender Versorgung des Landes zur Verfügung der Exporteure stehen werden.

Argentinien. Reichliche Regenfälle während der vorliegenden Berichtsperiode haben die Saaten gut vorangebracht, so daß im allgemeinen die Aussichten für die kommende Ernte vorzügliche sind. Der Markt zeigte ein schwächeres Aussehen. Die Preise gingen auf 15.70 Pesos fob Buenos Aires lt. Telegramm v. 25. September zurück. Die Verschiffungen waren etwas geringer; sie wurden an diesem Tage für die abgelaufene Woche mit 367 500 Quarter gegen 391 000 Quarter in der Vorwoche angegeben.

Rumänien. Trotz der guten Ernte hat die Regierung ein vorläufiges Ausfuhrverbot erlassen, bis sich die Gesamternte und der Gesamtverbrauch des Landes genau übersehen läßt. Es besteht indessen kein Zweifel, daß dieses in allerkürzester Zeit wieder aufgehoben wird, da nach den vorliegenden Nachrichten das Land, auch ohne Beßarabien, einen großen Exportüberschuß geerntet hat. Es sind auch bereits Verkäufe nach Frankreich und Belgien bekannt geworden, die wohl allerdings im Austausch gegen Industrieerzeugnisse getätigt worden sind, den Käufern aber wegen der günstigen Valuta mehr zusagen, als den Ankäufen in Nordamerika.

Bulgarien dürfte ebenfalls nach zuverlässigen Quellen größere Mengen Weizen und Mais zum Verkauf bringen, besonders da es nur in dieser Form die auferlegte Kriegsentschädigung wird zahlen können.

Rußland. Nach zuverlässigen Berichten aus den Kreisen um Denikin an englische Zeitungen wird berichtet, daß die Anbaufläche im südlichen und südöstlichen Rußland kaum hinter der des letzten Friedensjahres zurücksteht und eine ausgezeichnete Ernte trägt. Da andererseits der Viehstand an Zahl sehr zurückgegangen ist, steht das Futtergetreide sowohl zum Export, als auch zur menschlichen Ernährung zur Verfügung, wodurch Brotgetreide auch für den Export frei würde. Die Schwierigkeit besteht im Abtransport, aber auch hier bessern sich die Verhältnisse, da immer mehr Schiffe der Handelsmarine zurückgegeben werden.

England. Die Ernte ist in den letzten Tagen des vergangenen Monats unter günstigen Verhältnissen überall beendet worden. Die Ablieferungen des einheimischen Weizens an die Mühlen sind aber nur sehr geringfügig, da die Landwirte es vorziehen, zuerst Gerste und Hafer abzuliefern, für die sie höhere Preise erhalten als für den Weizen. Die durch den Eisenbahnerstreik hervorgerufene Verkehrsstockung konnte ohne Schwierigkeiten überwunden werden, da die Vorräte im Lande, besonders an Mehl, gut verteilt waren, und man sich außerdem mit der neuen Ernte aushelfen konnte.

Die Zufuhren von überseeischem Weizen waren ausreichend für die Versorgung der Bevölkerung, obwohl die Mühlen immer noch nicht voll beschäftigt sind. Dagegen hat die Einfuhr von nordamerikanischem Mehl sehr abgenommen. Es scheint, daß die Absicht des amerikanischen Weizenkontrolleurs Barnes, die Industrie in Europa zu unterstützen, verwirklicht werden soll. Dies hat den doppelten Vorteil, da einerseits die Bevölkerung Arbeit findet, auf der anderen Seite aber die Abfälle in Gestalt von Kleie für die Viehfütterung zur Verfügung stehen.

Roggen

Vereinigte Staaten. Der Roggenpreis ging in New York auf 166 cts am 15. Okt. zurück. Dieser Preisrückgang ist immer noch gering gegen denjenigen, den der Mais erlitten hat. Man hat die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben, daß Deutschland größere Mengen von amerikanischem Roggen kaufen muß, weil dieser viel billiger als Weizen ist, und dieser Punkt bei der finanziellen Lage, in der sich Deutschland befindet, ausschlaggebend ist. Bislang ist nur ein Kauf von deutscher Seite von 250 000 Bushel (6400 tons) bekannt geworden. Andererseits ist aber auch im eigenen Lande die Nachfrage rege, so daß sich die Preise wohl auf der jetzigen Höhe halten werden.

Mais

Vereinigte Staaten. Der Markt während der Berichtsperiode war dauernd schwach. Preise gingen allmählich auf 134½ cts am 15. Oktober in Chicago für Lokoware zurück. Die Ernte hat unter günstigen Verhältnissen gute Fortschritte gemacht. Doch werden die ersten Ankünfte dazu benützt, den dringendsten Bedarf im Lande selbst zu decken, so daß für den Export noch kein neuer Mais zur Verfügung steht. Deswegen zeigen die sichtbaren Vorräte auch eine sichtliche Abnahme. Preisdrückend wirkt auch ferner der Umstand, daß in fast allen Ländern Europas der Viehstand an Zahl sehr zurückgegangen ist, und man daher wohl mit Recht mit einer geringeren Nachfrage rechnet.

England. Der Handel in amerikanischem Mais unterliegt keinerlei Beschränkung mehr, solange der Höchstpreis von 105 s je Quarter nicht überschritten wird. Jedoch stellt sich der amerikanische Mais viel zu teuer gegenüber dem argentnischen, der ungefähr 65 s einsteht.

Argentinien. Der Markt behauptete sich. Mais notierte am 25. Sept. in Buenos Aires 8,30 Pesos gegen 7,95 in der Vorwoche. Die Verschiffungen waren bedeutend geringer; es wurden nur 142 500 Quarter gemeldet gegen 363 500 in der Vorwoche. Die sichtbaren Vorräte werden dagegen unverändert mit 110 000 tons angegeben.

Hafer

Vereinigte Staaten. Der Markt war fest. Die Preise stiegen auf 81½ gegen 70⅞ cts am Schlusse unseres letzten Berichtes. Die Nachfrage für den Export, namentlich nach England, war sehr rege, da die Besserung des englischen Kurses diesem Anregung gab.

Argentinien. In diesem Lande dagegen war der Markt recht ruhig. Es wurden am 25. September in Buenos Aires 7,55 Pesos notiert. Zur Verschiffung gelangten 87 000 Quarter gegen 58 000 Quarter in der Vorwoche.

Ölsaaten und Ölkuchen

Vereinigte Staaten. Der Markt war fester. Die Leinsaatpreise in Duluth für Oktoberlieferung stiegen wieder auf 427 cts am 15. Oktober gegen 400 cts am Schlusse unseres vorigen Berichtes. Infolge der starken Nachfrage nach Öl und der geringen Ankünfte der neuen Saat mußten die Fabriken höhere Preise anlegen. Jedoch geht die allgemeine Ansicht dahin, daß sich diese kaum halten werden.

Argentinien. Auch am La Plata war der Leinsaatmarkt stetig. Preise waren um 30 cts höher. Verladen wurden nur 25 200 tons gegen 35 000 tons in der Vorwoche. Die sichtbaren Vorräte stiegen auf 40 000 tons um 10 000 tons. Es ist bemerkenswert, daß trotz der zu Ende gehenden Jahreszeit die sichtbaren Vorräte noch keine Abnahme zeigen, im Gegenteil noch mit Leichtigkeit auf der alten Höhe gehalten werden, ein Beweis dafür, daß man die letzte Ernte geringer geschätzt hatte, als sie tatsächlich war, und sich im Lande immer noch große Vorräte befinden müssen. Die neue Ernte wird bei einer vergrößerten Anbaufläche sehr günstig beurteilt.

Vermischtes

Englische Machenschaften in Türkisch-Arabien. Am 19. 9. brachten die „Times" die Nachricht, daß eine englische Mission nach Sanaa im Jemen durch arabische „Rebellen" bei Bajil gefangen genommen sei. Am 26. September hören wir aus der gleichen Quelle, daß am 1. 9. ein englisches Bataillon mit Maschinengewehren und Artillerie zur Unterstützung in Hodeida ausgeschifft ist, um jene Mission zu entsetzen, und daß die „Rebellen" am 5. 9. angegriffen wurden. Man hat also eine „Mission" nach Jemen gesandt, die angegriffen wurde und die nun ein militärisches Einschreiten erforderte. Übrigens hatte Hodeida schon im Verlauf des Krieges eine indische Garnison erhalten war also zu einem „besetzten Gebiete" gemacht worden.

Hier scheint sich in aller Stille eine neue britisch-imperialistische Expansion vorzubereiten. Die Verhältnisse liegen im Jemen doch so, daß nach den Abmachungen, die im Oktober 1911 zwischen dem Chef der türkischen Zivilverwaltung Izzet Pascha und dem Imam Jachja dicht bei Amram geschlossen waren, und die später von der türkischen Kammer genehmigt sind, ein völlig unabhängiges Imamat des Imam Jachja anerkannt ist, das neben den unter türkischer Verwaltung gebliebenen Teilen von Jemen bestehen sollte (vgl. Stuhlmann: Der Kampf um Arabien, S. 96 ff). Während des Weltkrieges hat Jachja mit seinen Mannen treu an Seiten der Türken gegen die Engländer gefochten, die er dicht bei Aden schwer bedrängte. Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges ist ein Teil von Jemen immer noch türkisches Land, das Imamat immer noch selbständiges Gebiet. Die Aufteilung der Türkei hat noch nicht stattgefunden. Welches sind also die „Rebellen", gegen die England jetzt in den Krieg zieht? Vom Völkerbunde, der noch garnicht in Tätigkeit getreten ist, hat England kein Mandat über das frühere türkische Gebiet erhalten, das unabhängige Imamat ist, soweit man bisher erfahren hat, noch nicht vom Hohen Rat der Alliierten und Assoziierten an England gegeben worden. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß man in London die Absicht hat, hier, wie in Afghanistan und Persien den Völkerbund vor vollendete Tatsachen zu stellen, daß man also „Missionen" aussendet, nur um einen Vorwand des Einschreitens zu haben, dem wahrscheinlich die Annektion zu Gunsten Englands folgen wird.

Durch den neuen Vertrag über Persien ist der Perser-Golf ein rein englisches Meer geworden, denn seine Westküste mit Oman beherrscht England völlig, seitdem es 1904 dort die französische Konkurrenz vertrieb. Das westliche Ufer vom Roten Meer hat es durch das Protektorat über Ägypten erhalten, das Ostufer durch das von seinen Gnaden geschaffene „Königreich" Hedschas. Nun folgt der Rest des Ostufers mit Jemen, und wir sehen, daß die ganze Hochstraße nach dem Osten rein englisch wird vom Suezkanal bis Aden. Die völlige Monopolisierung der Welthandelsstraßen ist der Endzweck Englands, oder wie es ausgedrückt wird, „die Freiheit der Meere" — im Sinne Englands. Es wird nicht lange dauern, bis das französische Djibuti und das italienische Eritraea auch unter Albions Botmäßigkeit kommen werden, denn der Völkerbund ist eine Einrichtung zum Vorteile der Angelsachsen.

In Frankreich beginnt sich eine wachsende Aufregung hierüber bemerkbar zu machen, um so mehr, als man gerade die alten Ansprüche auf das Jemen vorgelagerte Schech Said wiederaufleben läßt und französische Interessen aus dem Bahnbau Hodeida-Sanaa ableitet. Frankreich ist wegen des englischen Vorgehens in Syrien — über das man erst neuerdings ein offenbar provisorisches Abkommen schloß — recht nervös geworden. Die „Depêche Coloniale" v. 2. 10. meint, daß England dabei sei, das alte Chalifenreich für sich wieder zu errichten und daß man darauf gefaßt sein könne, eines Tages einen englischen Vizekönig in Baghdad zu sehen. England habe für seine Zwecke schon „das Operettenkönigreich Hedschas des Scherifen Hüssein erfunden" und ginge nun folgerichtig weiter. —*q*—

England in Abessinien. Nach einer Meldung der Depeche Coloniale vom 10. d. M. soll die englische Regierung mit Abessinien ein Abkommen getroffen haben. Danach tritt England den Hafen von Zeila in Somaliland an Abessinien ab, wogegen sich dieses verpflichtet, ihn durch eine Bahn mit Abbis—Abeba zu verbinden. Außerdem erhält England eine Reihe von Konzessionen zur Ausbeutung der abyssinischen Mineral- und Erzlager sowie seiner landwirtschaftlichen Produkte. *Pt.*

Der Außenhandel von Aden belief sich im Jahre 1917/18 auf 8 001 536 £ gegen 9 912 563 im Jahre vorher. Der überseeische Ausfuhrhandel betrug in derselben Zeit 3 429 175 £ gegen 4 175 309 £ 1916/17. Nur der Handel mit Kaffee, Baumwollgarn, Farb- und Gerbstoffen, Säcken und Wachs hat sich etwas gesteigert. —*q*—

Ein französisches Trans-Sudan-Bahnprojekt: Dakar-Djibuti. Der bekannte französische Afrikaner Oberst Tilho hat laut „Depêche Coloniale" v. 2.10. kürzlich der Academie des Sciences eine Denkschrift über eine große Transversalbahn („Trans Soudanais") vorgelegt. Sie soll von Dakar und Konakry ausgehen, Sokoto, Kano, Fort Lamy und Chartum berühren und bei Port Soudan und Djibuti also an zwei Stellen das Rote Meer und den Indischen Ozean erreichen. Von ihr aus müßten in jeder Kolonie Zweigbahnen als Zufuhrstraßen geführt werden, und mit der schon lange geplanten Trans-Sahara-Bahn würden die reichen Produkte des tropischen Afrika nach Frankreich zu bringen sein. Die Trans-Sudan-Bahn würde das große volkreiche Gebiet des Sudan aufschließen, das als ackerbautreibendes Land zwischen der Wüste und dem Waldgebiete liegt. Der Plan der Transversalbahn ließe sich natürlich nur durch eine offizielle oder private englisch-französische Organisation verwirklichen, während die Zufuhrbahnen durch die Mittel der Einzelkolonien zu bauen wären. —*q*—

Die Lage der chilenischen Salpeterindustrie ist nach einem Bericht des „Board of Trade" nach wie vor ungünstig. Die Ausfuhr ist sehr geringfügig und Schiffsraum steht kaum zur Verfügung. Gleichwohl ist die Erzeugung trotz starker Einschränkungen noch immer bedeutend. Sie beläuft sich zurzeit auf rund 3 Mill. quint. (zu je 46 kg) monatlich; die Vorräte an der Küste, deren Größe Ende vorigen Jahres mit 12 Mill. quint. schon beunruhigend wirkte, waren bis Ende Juni bereits auf 34 Mill. quint. angewachsen und erreichten damit die Höhe einer normalen Jahreserzeugung. Die Schließung weiterer oficinas erscheint nach dem englischen Blatt in absehbarer Zeit unvermeidbar. *H. B.*

Die Bestimmungen des Friedensvertrages über den Kieler Kanal. Zu dem Aufsatz, den wir in Nr. 36 aus der Feder des Herrn Dr. Hans Wehberg veröffentlicht haben, wird uns von sachverständiger Seite geschrieben: „Die Ausführungen zu Artikel 386 enthalten die Auslegung, daß Deutschland in Absatz 2 zur Einrichtung eines erstinstanzlichen Gerichtes zur Entscheidung über Streitigkeiten in der Verwaltung des Kaiser-Wilhelm-Kanals genötigt würde, und daß diese Entscheidungen einer Nachprüfung durch das Völkerbundsgericht unterworfen würden. Diese Auslegung unterliegt den wesentlichen Bedenken, daß in Absatz 2 des Artikels 386 lediglich die Einsetzung einer einheitlichen Verwaltungsinstanz für den Kieler Kanal gefordert wird, wie sie bereits in dem Reichskanalamt in Kiel besteht. Diese Stelle würde also auch weiterhin die auftretenden Fragen der Betriebsführung des Kaiser-Wilhelm-Kanals zu regeln haben, ohne nach Art eines Prisengerichtes hierüber objektiv Recht zu sprechen. Eine zweite Instanz und Beschränkung der Souveränität des Deutschen Reiches in der Verwaltung des Kanals durch das Völkerbundsgericht ist daher nicht vorgesehen. Es wird meines Erachtens nicht die Kieler Verwaltungsstelle untergeordnete Instanz des Völkerbundsgerichtes sein, sondern das Deutsche Reich muß seine Gesetz- und Verwaltungsbestimmungen mit der Rechtssprechung des internationalen Gerichtes in Einklang bringen. Von der Entente liegen meines Wissens bisher Äußerungen über die Auslegung des Artikels 386 Absatz 2 oder über die Bildung der vorgeschriebenen Kanalbehörde nicht vor.

Verantwortlich: für Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5.
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.